

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Remer Str. 24
Fernsprecher: Köpenick 1066, 1076 und 1262. — Die Zeitung
ersch. jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilprolet Berlin

Verzinkt seid Ihr nichts — Verzinkt alles!

Anzeigen- und Werbegelbes sind an Otto Jehms, Berlin D. 24
Remer Straße 24 (Köpenick) zu richten. — Bezugs-
preise nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.,
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnlige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Von den Lohnbewegungen.

Schiedspruch im Wuppertal.

Wie uns vorben telephonisch mitgeteilt wird, hat die unter Vorsitz des Schlichters in Dortmund tagende Schlichterkammer in später Abendstunde des 11. November einen Schiedspruch gefällt. Danach wird der Hilfsarbeiterlohn von 57 auf 65 Pf. erhöht, das sind 14 Proz. Die Akkordlöhne erhöhen sich um 4 bis 20 Proz. Der Akkordzuschlag wird von 12% auf 15 Proz. erhöht. Die zulässige Mehrarbeit wird von bisher 6 Stunden auf 8 Stunden pro Woche reduziert.

Am Sonntag, dem 18. November, tritt in Barmen eine große Funktionärskonferenz der Textilarbeiter zusammen, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen.

Lohnstreit in Westthüringen.

Im Tarifbezirk Westthüringen haben die Textilarbeiter den Arbeitgebern eine Forderung auf rund 30 Proz. Lohn-erhöhung unterbreitet. Der Arbeitgeberverband lehnte Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab und rief den Schlichtungsausschuß Erfurt an. Dieser hat die Parteien zu Verhandlungen zum 12. November geladen.

Lohnabschluss in der Herforder Textil-industrie.

Für die Textilbetriebe in Herford wurde am 5. November ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen, wonach ab 1. November 1927 bis mindestens 31. Mai 1928 die Lohnsätze um 10 Proz. erhöht werden. Die Akkordlöhne wurden ebenfalls erhöht. Der Hilfsarbeiterlohn beträgt jetzt 60 1/2 Pf. für Männer und 48 1/2 Pf. für Frauen.

Lohnabschluss für die Niederrheinischen Seidenwebereien.

Für die Seidenwebereien am Niederrhein (Biersen, Dülken, Süchteln ufm.) konnte am 3. November ein befriedigendes Lohnabkommen getroffen werden. Ab 2. November werden die Zeillöhne um 10 Proz. erhöht. Durch die Gleichstellung der Löhne der weiblichen Weber mit denen der männlichen ergeben sich für die Weberinnen Erhöhungen bis zu 23 1/2 Proz. Neben der Erhöhung der Tariflohnsätze, die an sich schon eine Erhöhung der Akkordlöhne mit sich bringt, ist eine generelle Akkordlohn-erhöhung um 1 bis 5 Proz., je nach der Höhe der bisher erzielten Ueberverdienste, vorzunehmen.

Zum Ende des Bergarbeiterstreiks.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben in der Woche vom 17. zum 22. Oktober etwa 70 000 Bergarbeiter gestreikt und hierdurch eine Lohnzulage von 60 Pf. pro Schicht erkämpft. Dieser materielle Erfolg ist jedoch im Vergleich zu dem idealen Erfolg von geringerer Bedeutung. Dieser Kampf im Braunkohlenbergbau beeinflusst alle Lohnsätze, die sich in der kommenden Zeit abspielen werden. Die scharfmacherischen Unternehmer wohl aller Industrien glaubten, im Braunkohlenbergbau eine verhältnismäßig schwache Arbeitnehmerschaft vor sich zu haben, die, falls sie überhaupt einen Kampf wagte, unterliegen würde. Hierdurch sollten aber die Arbeiter aller anderen Industrien in ihrem Kampfeswillen geschwächt werden. Auch das Reichsarbeitsministerium hielt die Braunkohlenbergarbeiter für viel schwächer, als sich beim Streik herausgestellt hat. Das war auch der Grund, warum das Reichsarbeitsministerium Gewehr bei Fuß der Entwicklung im Braunkohlenbergbau gegenübergestanden hat, obwohl es mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen imstande gewesen wäre, den drohenden Kampf zu verhindern. Eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums hätte um so leichter erfolgen können, da die Löhne im Braunkohlenbergbau allseitig als beschämend niedrig anerkannt wurden. Sogar die Unternehmer waren bereit, eine Lohnzulage zu gewähren, vorausgesetzt, daß ihnen vom Reichskohlenrat beziehungsweise vom Reichswirtschaftsminister eine Kohlenpreiserhöhung gestattet würde. Die Lohnzulage sollte von den Verbrauchern getragen werden. Der Reichswirtschaftsminister lehnte jedoch die Erhöhung der Braunkohlenpreise ganz entschieden ab, weil er mit Recht befürchtete, daß eine Kohlenpreiserhöhung eine allgemeine Preissteigerung auf allen anderen Gebieten auslösen würde. Das aber mußte in der gegenwärtigen Zeit zu sehr großen Konflikten führen.

Die Hoffnung der Unternehmer des Braunkohlenbergbaues, in einem Kampfe entweder die Lohnforderungen abzulehnen oder aber eine Erhöhung der Kohlenpreise zu erhalten, gründete sich einmal auf die von ihnen in Mitteldeutschland großgezüchtete Werkvereinsbewegung, zum anderen auf die ver-

Neuer Lohnsatz für das Münsterland.

Die Lohnbewegung in der münsterländischen Textil-industrie konnte in freier Vereinbarung zum Abschluß gebracht werden. Ab 1. November werden die Lohnsätze um 10 Proz. erhöht. In den unteren Altersklassen beträgt die Erhöhung bis zu 20 Proz. Die Akkordlöhne werden je nach der Höhe der erzielten Ueberverdienste um 3 bis 10 Proz. erhöht.

Nach diesem neuen Abkommen betragen die Zeillöhne für Hilfsarbeiter 80 1/2 Pf., Hilfsarbeiterinnen 49 1/2 Pf., Facharbeiter 70 Pf., Facharbeiterinnen 58 Pf. Der Akkordzuschlag für Weber und Weberinnen beträgt 64 Pf., worauf die männlichen Weber über 23 Jahre noch eine besondere Alterszulage von 6 Proz. erhalten. Der Spinnerakkordzuschlag beträgt 87 Pf.

Textilmärkte.

(Von unserem sachmännischen Mitarbeiter.)

Im Mittelpunkt des Interesses steht gegenwärtig die australische Wollschur. Sie ist um einige 100 000 Tonnen kleiner als die vorjährige und in der Beschaffenheit infolge der Sommerdürre 1927 nicht so gut. Die Mengenderkleinerung aber hat genügt, um den Markt zu befeuchten. In der letzten Zeit beginnen denn auch die Preise für Kammgug und Garne einigermassen fest zu werden.

Ueber die Größe der nordamerikanischen Baumwollenernte streitet man sich noch immer herum. Die gesamte Lage des Marktes läßt jedoch das eine erkennen, daß man mit den zweifellos vorhandenen Schäden den Baumwollpreis allzu sehr in die Höhe gedrückt hat. Der Markt ist denn auch äußerst nervös und unsicher. Wenn es einmal gelingt, eine kräftige Preissteigerung durchzusetzen, wie etwa nach dem letzten Entförmungsbericht, kann diese sich nur ein oder zwei Tage behaupten. Es muß immer wieder betont werden: die Bestände aus den letzten Jahren sind so groß, daß selbst eine kleine Ernte für den Weltmarkt vollständig ausreichen wird.

Der Weltbaumwollverbrauch steigt.

Nach den statistischen Uebersichten des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom ist der Import von Rohbaumwolle in den wichtigsten Verarbeitungsländern der Welt in dem letzten Wirtschaftsjahr beträchtlich gestiegen. Die Zunahme der Baumwollimporte in den wichtigsten Verarbeitungsländern der Welt in dem letzten Wirtschaftsjahr ist beträchtlich. Die Zunahme der Baumwollimporte betrug im vergangenen Erntejahr 1926/27 gegenüber dem Vorjahr etwa 12 Proz. Am stärksten ist die Zunahme der Baumwollimporte in Deutschland. Sie ist von 3 223 000 Doppelzentner auf 5 179 000 Doppelzentner angestiegen. Die Steigerung beträgt etwa 60 Proz.

hältnismäßig geringe Anzahl der organisierten Bergarbeiter. Man hoffte in Unternehmerkreisen, ähnlich wie im vorigen Jahre im englischen Bergbau, den deutschen Bergarbeitern eine gleiche vernichtende Niederlage beizubringen und hierdurch einen für die Unternehmer günstigen Ausblick für alle kommenden Lohnkämpfe zu schaffen. Aber es kam anders. Die Bergarbeiterchaft einschließlich der vielen Werkvereiner trat geschlossen in den Kampf. Hierdurch aber verlor die Aufsicht der Arbeitgeber, der Arbeiterchaft eine Niederlage beizubringen, wie Spreu im Winde. Das Reichsarbeitsministerium zog sofort die Konsequenzen und erklärte den Schiedspruch, der den Bergarbeitern zwei Drittel ihrer Forderungen erfüllte, für verbindlich. Diese Geschlossenheit der Bergarbeiter hat weiter die Hoffnung der gesamten Unternehmerschaft, in den kommenden Kämpfen eine entmutigte Arbeiterchaft vor sich zu haben, restlos vernichtet. Daß sich sogar die von ihnen protegierten Werkvereiner am Kampf beteiligten, hat wie eine kalte Dusche gewirkt. Dagegen hat dieser Erfolg der Bergarbeiter den Kampfeswillen der gesamten Arbeitnehmer erheblich gestärkt.

Weiter ist durch diesen Kampf dem Reichswirtschaftsminister der Rücken gestärkt worden, gegenüber den Unternehmerforderungen auf Preiserhöhungen fest zu bleiben. Die Gefahr einer allgemeinen Preiserhöhung, bedingt durch die Erhöhung der Kohlenpreise, wurde vermieden. Jetzt werden die Selbstkosten im Braunkohlenbergbau von einer Kommission nachgeprüft, die aus dem Betriebswissenschaftler Professor Schmalenbach, Geheimrat Brecht und dem in der Forschungsstelle der SPD. tätigen Genossen Dr. Bade besteht. Wahrscheinlich wird die Kommission zu dem Ergebnis kommen, daß einige wenige Braunkohlengruben, die sehr schlechte betriebliche Verhältnisse haben, mit dem gegenwärtigen Braunkohlenspreisen nicht auskommen können, daß aber die große Mehrzahl der Gruben die Lohnsteigerung ganz gut tragen kann. Einige wenige schlechte Gruben werden zum Erliegen kommen. Das ist zwar für die davon betroffenen Arbeiter sehr unangenehm, aber es ist weniger schlimm, als wenn man im gesamten Braunkohlenbergbau die skandalöse niedrigen Löhne weiter gezahlt hätte, wodurch das Wohnumfeld der gesamten Arbeiterchaft ungünstig beeinflusst wird.

Zum Kampf im Wuppertal.

Im Wuppertal tobt seit Dienstag, dem 8. November, ein gewaltiger Kampf zwischen dem Textilkapital und der Textil-arbeiterchaft.

55 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen

sind durch den Machtwillen des Unternehmertums aus den Produktionsstätten ausgesperrt. Der gesamte Produktions-apparat der Textilindustrie des Wuppertales ruht.

Weshalb?

Die Textilarbeiterchaft hatte eine Erhöhung der Löhne, Gleichstellung der Frauenlöhne mit denen der Männer bei gleicher Arbeit, Erhöhung der Akkordzuschläge, durch welche nur erreicht werden soll, daß die Akkordlöhne den tatsächlich ausgezahlten Löhnen angepaßt werden sollen, gefordert. Diesen Forderungen haftet nichts Uebertriebenes an, sie verlangen nur selbstverständliches. Die Lebenshaltung ist wesentlich verteuert worden und nicht zuletzt durch die Maßnahmen der Bürgerblockpolitik, der die Unternehmer der Textilindustrie so freudig zugestimmt haben. Im Wuppertal werden Hungerlöhne im wahrsten Sinne des Wortes gezahlt. Hochqualifizierte Facharbeiter in der Riemendreherlei erhielten 1914 einen Nettolohn von 22,28 Mk., 1927 erhalten sie 28,26 Mk. bei gesteigerter Leistung. Diese bestqualifizierten Facharbeiter in der Strangfärberei erhielten 1913 einen Nettolohn von 23,94 Mk., 1927 erhalten sie 32,48 Mk.

Was boten die Unternehmer zunächst darauf?

Sie verlangten, daß das ungekündigte Arbeitszeitabkommen mitgeregelt werden sollte. Die Unternehmer wünschten, daß die 54stündige Arbeitswoche für die fernere Zeit beibehalten wird und daß der Ueberlöhndenzuschlag von 20 auf 10 Proz. reduziert werden sollte. Anstatt Erfüllung bescheidener Forderungen trug der Arbeiterchaft die Forderung der Lohn des Unternehmertums ein. Eine Einigung mit den Arbeitgebern schien aussichtslos. Die Arbeiterchaft griff deshalb in den verschiedensten Betrieben zum Streik, den die Unternehmer mit der Absperrung beantworteten. Gelegentlich einer Verhandlung am 2. November machten die Arbeitgeber das erste Lohnangebot, das für die Arbeiterchaft unannehmbar war, und zwar deshalb, weil es in seinem wesentlichsten Teil, Erhöhung der Akkordzulage, die Arbeiter-münche unberücksichtigt ließ. Die Würfel sind nun gefallen. Es wird sich nun ergeben, wie der Kampf im weiteren Verlauf.

Die Arbeiterchaft steht auf dem Rechtsboden,

dem die Unternehmer ihren Machtwillen entgegengesetzt haben. Hier wiederholt sich das alte Lied. Die Verständigung wurde zerklüftet durch das Verhalten der Unternehmer, die sich ihrerseits dem Willen der Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände gebeugt haben. Die Unternehmer haben zur Begründung der Absperrung am 8. November in ihren Betrieben eine Bekanntmachung der Arbeiterchaft zur Kenntnis gebracht, in welcher der Sach vorkommt:

„Alles dies hat den die Verhandlung führenden Gewerkschaftsführern allem Anschein nach, vor allem dem Zentralvorstand in Berlin nicht genügt; sie haben den Kampf vorgezogen und den Arbeitgeberverband durch Teilstreiks gezwungen, zur Absperrung zu schreiten.“

Die Arbeitgeber des Wuppertales möchten gegen den Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes den Vorwurf erheben, den wir mit Recht gegen die Unternehmer schleudern müssen. Die Kämpfe in der Textilindustrie in der letzten Zeit, sie waren im großen und ganzen die Folgen des Diktats der Spitzenverbände der Textilindustriellen. Das war in Krefeld, das war in Sachsen und das ist jetzt wiederum im Wuppertal der Fall.

Keine Erhöhung der Akkordlöhne, so lautet der Befehl des Unternehmerjandikus Dr. Klau.

Ein großer Teil der Unternehmer des Wuppertales ist mit dem Verhalten der Spitzenverbände nicht einverstanden. Sie waren bereit, im Sinne der Arbeiterforderungen die An gelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln. Sie mußten sich aber dem Zwange fügen, um sich nicht größeren wirtschaftlichen Schädigungen seitens der Unternehmerverbände auszuweihen. Die Begründung der Absperrung durch die Unternehmer kann die Schuld an dem Drama, welches sich jetzt an der Wupper vollzieht, nicht von den Unternehmern abwenden. Die Wuppertaler Textilunternehmer sind in der Lage, die Löhne entsprechend den Arbeiterforderungen anzupassen, ohne daß dabei der Profit wesentlich geschmälert wird. Die Arbeiterchaft verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß sie durch ihrer Hände Arbeit das Stück Brot zu verdienen in der Lage ist, das mit Recht ihre Angehörigen von ihr fordert. Das Textilkapital verweigert den Textilarbeitern eine menschenwürdige Existenz.

Die Bekanntmachung der Unternehmer lautet folgendermaßen:

Die wir feststellen haben, ist einer großen Anzahl von Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen die Höhe des Lohnes, welche die Arbeitgeber in den Verhandlungen vom 2. November 1927 gemacht haben, nicht bekannt.

Wir haben daher hiermit bekannt, daß der Arbeitgeberverband in den Verhandlungen vom 2. November 1927 angeboten hat: eine generelle Erhöhung sämtlicher Tariflöhne um 10,5 Proz. für die Jugendlichen im Alter von 14, 15 und 16 Jahren eine Erhöhung um 14,7 bis 16,4 Proz. ferner für die Akkordarbeiter außerdem eine Erhöhung des Akkordzuschlages von 12 1/2 auf 15 Proz.;

für Mehrarbeit eine Erhöhung des Mehrarbeitszuschlages von 20 auf 25 Proz.; für die Branchenliste der Färbereien und der Rattun- und Blandruckereien außer der 10,5prozentigen Erhöhung eine weitere Erhöhung um 2 Pf., soweit nicht im Akkord oder in einem anderen System gearbeitet wird; für die männlichen und weiblichen Breitweber eine Gleichstellung der Akkordbasis mit dem Zeitlohn.

Das heißt: Es sollte z. B.: Der zwanzigjährige Lohnfärber einen Lohn von 79 Pf. anstatt bisher 70 Pf., der selbständige Lohnfärber einen Lohn von 94 Pf. anstatt bisher 83,5 Pf., der Bandwirker einen Akkordzuschlag von 78,2 Pf. anstatt bisher 69,2 Pf., der Breitweber einen Akkordzuschlag von 72,5 Pf. anstatt bisher 63 Pf., der Tuchweber einen Akkordzuschlag von 77 Pf. anstatt bisher 68,1 Pf., die Breitweberin einen Akkordzuschlag von 59,2 Pf. anstatt bisher 48,9 Pf., die Bandwirkerin und Kettenfächerin einen Akkordzuschlag von 59,2 Pf. anstatt bisher 52,3 Pf. erhalten.

II.

Lehentlich wirkt sich das Arbeitnehmerangebot in allen übrigen Branchen und für alle übrigen Arbeiterkategorien aus.

Die rechtsrheinischen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen würden hiernach eine erheblich höhere Lohnhöhe bekommen haben, als in einer Reihe anderer Textilbezirke in freier Vereinbarung abgeschlossen wurde! Die Lohnhöhe würde sich auf dem gleichen Akkordarbeiter ausgewirkt haben, so daß kein einziger Akkordarbeiter ohne Lohnhöhe gelassen wäre!

Alles dies hat den die Verhandlungen führenden Gewerkschaften, allem Anschein nach vor allem dem Zentralvorstand Berlin, nicht genügt! Sie haben den Kampf vorgezogen und den Arbeitgeberverband durch Teilstreiks gezwungen, zur Ausprägung zu schreiten. Sie mögen die Verantwortung tragen für alle Not, welche damit über zahllose Arbeiterfamilien kommt, ebenso wie für ihre juristische Schädigung unserer rechtsrheinischen Textilindustrie, deren Konkurrenzfähigkeit mit den übrigen Textilbezirken dadurch aufs schwerste geschädigt wird. So manche verlorene Arbeitszeit im nächsten Jahre wird ihre Ursache in diesem Kampf finden!

III.

Wie wir ferner festgestellt haben, befinden sich zahlreiche Textilarbeiter in dem Glauben, sie hätten in jedem Falle, außer, wenn sie sich unmittelbar an einem Streik beteiligen, Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Diese Ansicht ist falsch!

Nach § 94 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erhalten Arbeitslose deren Arbeitslosigkeit durch Streik oder Aussperrung verursacht ist, keine Arbeitslosenunterstützung!

Der Eingriff in Wirtschaftsämpfe durch die Arbeitslosenversicherung ist gesetzlich verboten!

Es sei also gewarnt, sich in dieser Hinsicht trügerischen Hoffnungen hinzugeben!

Dieses Angebot mußte, wie schon oben erwähnt, abgelehnt werden. Das ganze Schreiben aber ist diktiert vom Schuldbewußtsein.

In letzter Stunde vor der Aussperrung

hat der Vorsitzende des Barmer Schlichtungsausschusses, Dr. Bragard, die Parteien zu einer Verhandlung geladen; er erklärte von vornherein, daß es nicht seine Absicht sei, den Schlichtungsausschuß von Amts wegen zusammenzutreten zu lassen. Diese Verhandlungen, die im Barmer Rathaus stattfanden, gestalteten sich immerhin interessant. Die Unternehmer verlangten nichts weniger, als die Wiederaufnahme der Arbeit in den bestreikten Betrieben und lehnten jede sachliche Verhandlung während der Dauer des Kampfes ab. Nach stundenlangem Verhandlung gaben sie dann folgende Erklärung ab:

Nach einer mehrstündigen allgemeinen Aussprache wurde von Arbeitgeberseite in getrennter Besprechung dem Herrn Unparteiischen der Vorschlag unterbreitet, die bereits verhängten und angelegten Kampfmaßnahmen beiderseits mit sofortiger Wirkung aufzugeben mit der Maßgabe, daß unmittelbar im Anschluß an diesen Beschluß und dessen Bekanntgabe, die am Mittwoch abgebrochenen Einigungsverhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.

Die beiderseitigen Organisationen sollten sich weiter verpflichten, von der Einleitung neuer Kampfhandlungen abzusehen, bis alle Möglichkeiten der friedlichen Einigung oder der geschlichten Schlichtung erschöpft wären. Nachdem der Herr unparteiische Vorsitzende diesen Vorschlag der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern in getrennter Verhandlung besprochen hatte, teilte er den Arbeitgebervertretern mit, daß dieser Vorschlag von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden sei. Darüber hinaus sei ein weiterer Vermittlungsvorschlag, den der Herr Vorsitzende aus eigener Initiative gemacht hatte, und der dahin ginge, der sofortigen Bildung eines Schlichtungsausschusses zuzustimmen und mit Erlaß des Schiedspruches gleichzeitig die Vereinbarung der Einstellung der Kampfmaßnahmen zu verbinden, ebenfalls von Arbeitnehmerseite abgelehnt worden.

Nachdem auf diese Weise, durch die ablehnende Haltung der Arbeitnehmer, alle Versuche, die Kampfmaßnahmen zum Zwecke der Verhandlung einzustellen, gescheitert sind, haben die Arbeitgeber keine Möglichkeit, im Wege der friedlichen Verhandlung zu einer Einigung mit der Gegenseite zu kommen.

Bevor keine Kampfmaßnahmen getroffen waren, war es nicht möglich, aus den Arbeitgebern ein Angebot herauszubekommen und jetzt, nachdem der Streik besteht, verlangen sie die Wiederaufnahme der Arbeit, bevor verhandelt werden soll. Schon dieses Verhalten der Unternehmer zeigt, daß sie der Arbeiterschaft

die Lohn- und Arbeitsbedingungen differieren

möchten. Für ein solches Verhalten der Unternehmer kann leider die Arbeiterschaft kein Verständnis aufbringen. Die Arbeitgebervertreter gaben deshalb folgende Erklärung ab:

„Die Gewerkschaften waren bereits am Mittwoch, dem 2. November, bereit, weitere Verhandlungen zu führen. Diese wurden jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Verhandlungsbereitschaft liegt auch heute noch bei den Gewerkschaften vor. Die ungewöhnliche Zumutung der Unternehmer, die durch ihre Weigerung abgebrochenen Verhandlungen erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Kampfmaßnahmen durch die Gewerkschaften aufgehoben worden seien, zeigt erneut, daß ein Verständigungswille bei den Unternehmern nicht vorhanden ist. Auch den Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden mußten die Arbeitnehmervertreter ablehnen, da er sich in nichts in seiner sachlichen Auswirkung von dem der Unternehmer unterscheidet.“

Dr. Bragard machte dann den Vorschlag, daß die Parteien einwilligen sollten, sofort eine Schlichterkammer zusammenzutreten zu lassen, um zu einem Schiedspruch zu kommen. Die Gewerkschaften bezeichneten auch diesen Vorschlag als ungeeignet und verlangten sofortige sachliche Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters. Das lehnten die Arbeitgeber ab. — Dieser Verlauf der Verhandlungen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmer den Kampf wollten, in der Absicht, die Arbeiterschaft durch den Kampf in die Knie zu zwingen.

Der Schlichter Dr. Bragard, der die Parteien zur Verhandlung unter Strafandrohung bei Nichterscheinen geladen hatte, genießt nicht das notwendige Vertrauen bei der Arbeiterschaft. Auch bei diesen Verhandlungen hatte sich gezeigt, daß er kein Vertrauen verdient. Er ladet die Parteien unter Strafandrohung, anstatt aber nun die beiden Parteien zur sachlichen Verhandlung zu zwingen, läßt er zu, daß die Arbeitgebervertreter stundenlang die Schulfrage erörtern. Die Bemühungen der Arbeitgeber, den Gewerkschaften die

Schuld am Kampfe beizumessen,

ist um so erklärlicher, weil weite Kreise der Arbeitgeber mit dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes nicht einverstanden sind. Der Schlichter stützte die Unternehmer durch seinen Vorschlag. Auch er verlangte den sofortigen Abbruch des Streiks. Die Gewerkschaften schreckte das Solinger Beispiel. Auch dort hatte Dr. Bragard dasselbe Manöver mit Erfolg angewandt. Die Arbeiterschaft hatte dann das Nachsehen. Der Schlichter aber hat sich nicht im geringsten um die Folgen seiner Taktik gekümmert.

Der Kampf der Textilarbeiter des Wuppertales um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hat nunmehr die schärfsten Formen angenommen. Die Arbeiterschaft wird auch die Zeit der Aussperrung überstehen und hofft, einen vollen Sieg zu erringen.

Eine Erbärmlichkeit.

Infolge der Hochkonjunktur läßt es sich nicht vermeiden, daß einmal in dieser oder jener Abteilung eines Großbetriebes sich Ueberstunden notwendig machen. Der Betriebsrat der Firma G. Schieber & Co., Färberei und Appretur in Reichenbach i. B., hat sich dem wiederholt nicht verschließen können und dabei der Leistung von Ueberstundenarbeit zugestimmt. Die Firma wollte aber unter allen Umständen noch mehr Ueberstunden bewilligt haben. Da der Vorsitzende des Betriebsrates, Kollege Kracht, immer korrekt handelte, so war ihm schlecht beizukommen. Um den Betriebsrat in die Hand zu bekommen, griff die Geschäftsleitung zu einem der niedrigsten Mittel, nämlich zur Bestechung. Schon vor einiger Zeit wurde dem Kollegen Kracht von einem Angefallenen gesagt: „Kracht, seien Sie nicht so dumm, genehmigen Sie die Ueberstunden, es wird Ihr Schade nicht sein!“

In einer Aussprache mit dem Leiter des Betriebes, Herrn Matthey, verbat sich Kracht derartige Rebenarsien. Es werden nun wieder Ueberstunden verlangt. Am Ende der Aussprache mit dem Kollegen Kracht, welche im Betriebsratszimmer stattfand, kommt der Oberpreffierer Alfahrt, der die Kunden besucht, auf ihn zu, fährt ihm mit der Hand zwischen Hemd und Brust und geht zur Tür hinaus. Als Kracht nachsah, was geschah, er entdeckte er einen fünfzig Mark Schein. Also Bestechungsgeld, Schmiergeld, damit er zum Lumpen an sich und seinen Arbeitskollegen werden sollte. Höher kann die Gemeinheit nicht mehr getrieben werden. Daß Alfahrt nicht aus seinen eigenen Mitteln die fünfzig Mark geopfert hat, ist für jeden klar. Die Firma Schieber gehört zu jenen, die immer Geld übrig hat zur Korruption der Arbeiter. Erst vor kurzem hat sie fünfzig hundert Mark bei der Gründung eines vaterländischen Arbeitervereins geopfert. Kollege Kracht tat das einzig richtige. Er rief sofort eine Sitzung des Betriebsrates ein, zu der auch die Betriebsleitung geladen und erschienen war. Kracht gab das Judasgeld zurück und verwahrte sich entschieden gegen solche Lumpereien.

Wir haben schon viel von den Unternehmern erlebt. Aber daß eine Firma einen armen Arbeiter um seine Ehre zu bringen sucht, dürfte wohl selten vorkommen.

Eine vernichtende Bilanz.

1. „kurzsichtige und ungesunde Politik.“

Der Agent für Reparationszahlungen, Parler Gilbert, hat an den deutschen Reichsfinanzminister Dr. Brücker ein Schreiben gerichtet, in dem er an der Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik des Reiches scharfe Kritik übt. Er nennt das, was die verschiedenen Regierungen im Laufe der letzten Jahre als Wirtschaftspolitik ausgaben, eine „kurzsichtige und ungesunde Politik“. Es ist auch nichts ersichtlich, was dieses harte Urteil mildern könnte.

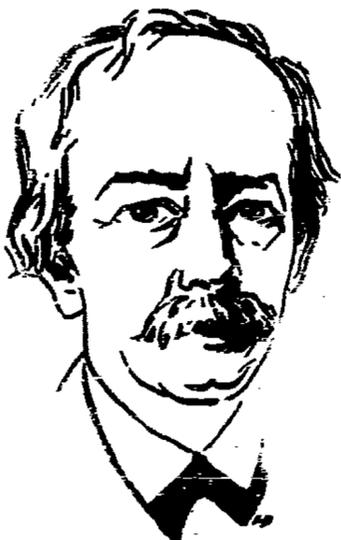
In seiner Betrachtung der deutschen Wirtschaftsentwicklung geht der Reparationsagent von der deutschen Rationalisierung aus. Mit allem Recht, denn sie ist das Kernstück des deutschen Wirtschaftsaufbaues. Die wirtschaftstechnische Umstellung bei uns beruht auf den grandiosen Fortschritten deutscher Technik und deutscher Arbeitstechnik einerseits und andererseits auf der Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Mit Hilfe dieser Faktoren konnte die Produktivität der deutschen Wirtschaftsmaschine wesentlich gesteigert werden. Parler Gilbert anerkennt das vorbehaltlos. Geopfert wurde aber der deutsche Rationalisierungsprozeß durch Auslandskapital. Die Erneuerung Maschinenparks, die Einführung neuer Arbeitsverfahren usw. kosteten Geld, das nach Ende der großen Inflation in Deutschland nicht vorhanden war. Wir gingen also ins Ausland und holten die notwendigen Kredite auf den ausländischen Kapitalmärkten. Die so aufgenommene Anleihe, die viel umfritterten Auslandsanleihen, bedeuten aber, volkswirtschaftlich gesehen, nichts anderes als vermehrte Materialzufuhren nach Deutschland. Sie

Die Welt ohne Hunger.

Der große französische Chemiker Berthelot über die Welt der Zukunft. — Im Jahre 2000. — Chemie und Physik verändern die Welt. — Hurra... keine Steuern, kein Gerichtssozialbeizher. — Die Welt ohne Hunger.

Von Professor B. Frege.

Die hundertjährige Wiederkehr des Geburtstages Berthelots, des berühmten Chemikers, wurde jetzt in ganz Frankreich gefeiert. Die Zeitungen aller Länder haben auf die Bedeutung des großen Wissenschaftlers hingewiesen. Da ist es natürlich auch interessant, Berthelots Meinung über die zukünftige Entwicklung der Menschheit anzuhören. Er ist überzeugt, daß die Chemie im Verein mit der Physik die Zukunft des Menschengeschlechts grundlegend verändern und im weitestgehenden Maße bestimmen wird. Ueber die Verhältnisse im Jahre 2000 sprach Berthelot wie folgt: „In jener Zeit wird es in der Welt keinen Hunger, keine Armut, keine Krankheiten, keine den Boden bebauenden Arbeiter mehr geben. Das Problem der Ernährung durch die Zukunft wird durch die Synthese von Chemis und Physik gelöst sein.“ — Es wird weder Steuern noch Protektionswirtschaft, noch Kriege, noch mit Menschenblut getränkte Grenzen



Der große Chemiker Berthelot über das Jahr 2000.

mehr geben. Die Luftfahrt wird durch chemische Energie angetriebenen Rotoren diese Dinge ausgeschaltet haben.“

„Es wird der Tag kommen, wo ein jeder, um sich zu ernähren, seine kleinen, stoffhaltigen Tabletten, seinen kleinen Klotz aus festhaltigen Stoffen, sein kleines Stück Stärkemehl oder Zucker, sein kleines Fläschchen mit den von ihm beliebten aromatischen Gewürzen bei sich tragen wird. Alles das wird billig und in unerhöplichen Mengen in Fabriken hergestellt. Die Fabrikation wird unabhängig sein von den Unregelmäßigkeiten der Jahreszeiten, vom Regen oder von der Dürre, von der Hitze, die die Pflanzen verdorren läßt, oder von der Kälte, die sie vernichtet. Und schließlich werden auch alle diese Stoffe frei sein von all jenen Mikroben, von den Erzeugern epidemischer Krankheiten.“

„In jenem Zeitpunkt wird die Chemie eine radikale Umwälzung der Welt bewirkt haben, eine Umwälzung, deren Tragweite niemand ermessen kann. Der Mensch wird an Milde und Moral gewinnen, da er aufgehört hat, sich durch das Blutbad und die Vernichtung lebender Wesen zu ernähren. Es wird keinen Unterschied mehr geben zwischen unfruchtbaren und fruchtbaren Gegenden.“

„In diesem Universumreich der chemischen Kraft werden aber Kunst, Schönheit und Charme des menschlichen Lebens nicht verschwinden! Wenn die Oberfläche der Erde nicht mehr wie heutzutage landwirtschaftlich ausgebeutet wird, dann wird sie sich in natürlicher Weise wieder mit Grün, mit Bäumen, mit Blumen bedecken. Die Erde wird zu einem ungeheuren, durch unterirdische Wasser erfrischten Garten, in dem die Menschheit in Hüte und Fülle und in der Freude des märchenhaften goldenen Zeitalters leben wird.“

Allen Respekt vor den wissenschaftlichen Leistungen des berühmten Chemikers Berthelot. Ohne Zweifel werden Chemie und Physik in weitgehendem Maße die Entwicklung der Menschheit bestimmen. Ob aber schon im Jahre 2000, also nach weiteren 70 Jahren, ob überhaupt jemals der Ackerbau ganz ausgeschaltet sein wird, und ob die Menschen überhaupt sich körperlich so umstellen können, daß ihrem heute doch sehr komplizierten Verdauungsapparat in absehbarer Zeit nur noch chemische Tabletten als Nahrung genügen, das darf man doch wohl bei aller Achtung vor Berthelot ein wenig bezweifeln. Amerika hat aus fittlichen Gründen den Alkohol gewiß verboten. Resultat: Es wird heimlich leider vielfach schlechter Alkohol in Form von allerlei berausenden Getränken hergestellt. Es wird nach Kräften Alkohol geschmuggelt. Ob in dem chemischen

Paradies, wie Berthelot es voraussieht, die Menschen sich dazu bequem werden, nur noch von chemischen Tabletten zu leben, ist doch sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich würde dann hier und dort heimlich, tief im Gebüsch der prophezeiten, paradiesischen Gärten ein Schlachtfest stattfinden, und, wie man heute in Amerika heimlich Alkohol vertreibt, so würde es auch einen heimlichen Fleischhandel geben. Denn der Mensch hat nun einmal tierische Gelüste. Es wird immer Leute geben, die nach ihrem Rumpsteak mit Meerrettichsauce und anderen schönen Dingen ein Stück zu unterdrückendes Verlangen in sich spüren. Nur ganz wenige sind ausersehen, die seelische Kraft aufzubringen, um wie ein Buddha durch die Macht des Geistes die Gelüste des Fleisches zu überwinden. Sicherlich aber wird das der heute schon durch ihre sogenannte technische Kultur in weitem Maße stark begüterten Menschheit in ihrer Gesamtheit niemals gelingen. Berthelot sagt quasi: Retournez à la nature. Wir sollen zurückkehren zur Natur. Nicht auf dem Wege zum Urmenschen, sondern durch die Hilfe wissenschaftlicher Errungenschaften der Chemie, der Physik, der Technik. Auch Wissenschaften wirken nicht nur Gutes, sie wirken auch vielfach Unheil für die Menschheit. Sie erzeugen Mittel und Maschinen, durch die sich die Menschen in immer vollkommenerer Weise gegenseitig vernichten können.

Es ist unser aller Wunsch, daß der Krieg verschwindet und die Volksernichtung unmöglich gemacht wird.

Wird den kommenden Geschlechtern das durch die Wissenschaft herbeigeführte, goldene Zeitalter, wie es Berthelot prophezeit, jemals beschieden sein?

Es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen!

Der Hammelssprung bringt es an den Tag.

Ein Reichstagsabgeordneter wollte einmal einer guten Bekannten den Betrieb des hohen Hauses zeigen. Die Dame hatte sich schon die möglichen Vorstellungen von der Betriebsamkeit, in welcher sich die Volksvertreter ständig befinden, gemacht. Als sie das bewußte Gebäude betrat, fand sie auch alles in Bewegung. Abgeordnete und gewohliche Sterbliche eilten mit dicken Mäppchen durch die Wandelhalle; in den Gängen drängte sich gewöhnlicheres Volk, welches, ganz wie sie, die Volksvertreter einmal bei der Arbeit belauschen wollte.

stellen sich in einer zunehmenden Verschuldung unserer Wirtschaft gegenüber dem Auslande dar. Wir müssen im Laufe der Jahre diese Schuld verzinsen und abtragen, amortisieren. Wir können das aber nur, indem wir Ware nach dem Auslande verkaufen, exportieren. Weil die deutsche Rationalisierung, die gesteigerte Produktivität des deutschen Wirtschaftsapparates auf geborgtem Gelde beruht, mußte sie sich logischerweise in einer Steigerung der deutschen Ausfuhr, des deutschen Warenexports, äußern.

Hier hat nun der Agent für Reparationszahlungen ein. Er verweist auf die steigenden Preise in Deutschland und befürchtet um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten. Aus dieser Entwicklung könnten sich seiner Auffassung nach bedeutende Rückschläge ergeben, die unseren ganzen Wirtschaftsaufbau in Frage stellen.

2. Richtige Diagnose, unzureichende Analyse.

Parter Gilbert ist zweifellos der Arzt, dessen Diagnose richtig ist. Er hat die Krankheit in unserer Wirtschaftsentwicklung erkannt. Nicht so klar erkannt sind in der Silberischen Kritik die Ursachen, die zu dieser Krankheit führten und führen mußten. Als Ursachen nennt der Reparationsagent die deutsche Zollpolitik, die wichtige Importe, unentbehrliche Rohstoffeinfuhren, stark belastet, verteuert. Dann spricht er von „anderen Maßnahmen der Reichsregierung“. Er denkt hier dabei an die geplanten neuen Gesetze der gegenwärtigen Reichsregierung. Ausdrücklich werden u. a. in diesem Zusammenhange das Kriegsschadensschußgesetz und das Reichschulgesetz genannt. Beide sind in ihrer finanziellen Auswirkungen an dieser Stelle bereits hinreichend gewürdigt worden.

Auf der Hand liegt, daß die geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen der Reichsregierung die Wirtschaft unnötigerweise belasten müssen, was nach Lage der Dinge in Deutschland fast unmittelfach zu einer neuen Preiserhöhung, zu einer neuen Teuerungswelle führt. So kann der Eindruck entstehen, als ob die Preisüberhöhung im deutschen Wirtschaftsleben in der steuerlichen Anspannung der deutschen Unternehmer und der deutschen Unternehmen begründet ist. Parter Gilbert hat es sich dann auch in seiner Kritik geschenkt, in die Geheimnisse der deutschen Preisbildung einzudringen und hat ohne weiteres die Argumentation des deutschen Unternehmers übernommen, das seit Jahr und Tag über eine furchtbare Überlastung klagt. Wir haben es also in der Silberischen Kritik, soweit die Preisbildung und die Exporthemmnisse in Frage kommen, mit einer durchaus richtigen Diagnose, aber mit einer unzureichenden Analyse, Erforschung der Krankheitsursachen, zu tun.

3. Die Preisüberhöhung als Steigerung der Profitquote.

An dieser Stelle ist es überflüssig, das nachzuholen, was die Silberische Kritik veräußert hat. An der Tatsache, daß die deutsche Rationalisierung die Herstellungskosten ganz wesentlich gesenkt hat, ist nicht zu zweifeln. Die Verbilligung der Produktion fand aber nicht ihren Ausdruck in billigeren Preisen. Das erklärt sich aus den Strukturwandlungen des deutschen Kapitalismus.

So lange die Preisbildung auf unseren Märkten wirklich noch unter Einfluß von Angebot und Nachfrage stand, entschied für die Preisfeststellung der leistungsfähigste Betrieb. Er konnte die billigsten Preise stellen und blieb in der Konkurrenz Sieger. Voraussetzung dafür ist aber der selbständige Unternehmer, der nach keiner Seite hin gebunden ist.

Dieser Unternehmer gehört heute grundsätzlich der Vergangenheit an. Das deutsche Unternehmertum hat sich zu Trusts, Konzernen, Konventionen usw. zusammengeschlossen. Unser Kapitalismus ist heute ein organisierter Kapitalismus. Der Schritt zu einer anderen, höheren Form der kapitalistischen Wirtschaft hat sich vollzogen.

Immer, wenn solche wirtschaftsgeschichtlichen Strukturwandlungen vorgehen, ist der Kapitalismus geneigt, die Ausbeutung zu überspannen. Da man ja nicht freiwillig den Schritt in die höhere Organisationsform tut,

Sie wollte sich eben zur Galerie begeben und mußte die Türen des Sitzungssaales passieren, als sich eine derselben öffnete und zwei Abgeordnete, die eben den betamten Hammelsprung ausgeführt hatten, heraustraten. Ehe sie in der Richtung, die zum Restaurant führt, verschwanden, hörte unsere Besucherin noch folgendes: „Sagen Sie, Herr Kollege, um was handelte es sich bei der Abstimmung, die wir eben vorgenommen haben? Ich bin Hals über Kopf aus dem Restaurant hergestürzt, da ich im letzten Augenblick noch erfahren wollte, daß noch etwas erledigt werden soll.“ — „Ja, mein Bestes, leider kann ich Ihnen auch keine Auskunft geben. Mich hatte der Fraktionsdiener ebenfalls gerufen und mir bedeutet, so schnell wie möglich an der Abstimmung teilzunehmen. Aber zerbrechen wir uns nicht den Kopf darüber, irgendetwas wird schon los sein. Das Resultat erfahren wir trotzdem.“

Die harmlose Staatsbürgerin begab sich nun nach ihrem Tribünenplatz. Was sie gesehen und gehört hatte, genügte schon, um ihr ein kleines Bild von der Tätigkeit mancher Volksvertreter zu vermitteln.

Was nicht in der Zeitung steht.

Die Zeitungen schreiben sehr viel und über die verschiedensten Dinge. Sie nehmen oft die geringfügigsten Sachen zum Anlaß, um wahre Riesendandwürmer von Artikeln zu produzieren, in denen ein Problem nach allen Seiten hin beleuchtet wird. Manchmal hülfen sich diese Zeitungen aber auch in dumpfes Schweigen. Sie vermeiden es dann, gerade über die Dinge zu schreiben, die erst recht Gegenstand der öffentlichen Diskussion sein sollten.

Da ist vor kurzem eine neue Befoldungsvorlage herausgekommen. Gewisse Blätter bemerkten dazu, daß es keine bessere Abstufung zwischen den einzelnen Gehaltsklassen geben könnte; auch die prozentuale Erhöhung wäre ganz gerecht.

Am Dränge der Geschäfte hatte man vergessen, zu erwähnen, daß die Ministergehälter wohl um etwa 50 Proz. erhöht worden sind. Auch die Diäten der Volksvertreter, die ungefähr ein Viertel eines Ministergehaltes betragen, haben eine gleiche Veränderung erfahren. Aber warum soll man denn darüber reden. Und ein Parlamentarier gar macht nur Opposition wenn es gilt, eine Verschlechterung abzuwehren; in diesem Falle fehlte also jeglicher Grund. (Da die Kommunisten stark beschäftigt waren, neue Parolen zu fabrizieren, hatten auch sie vergessen, ihren Leuten im Reichstage den Auftrag zu erteilen, die erhöhten Diäten abzulehnen.)

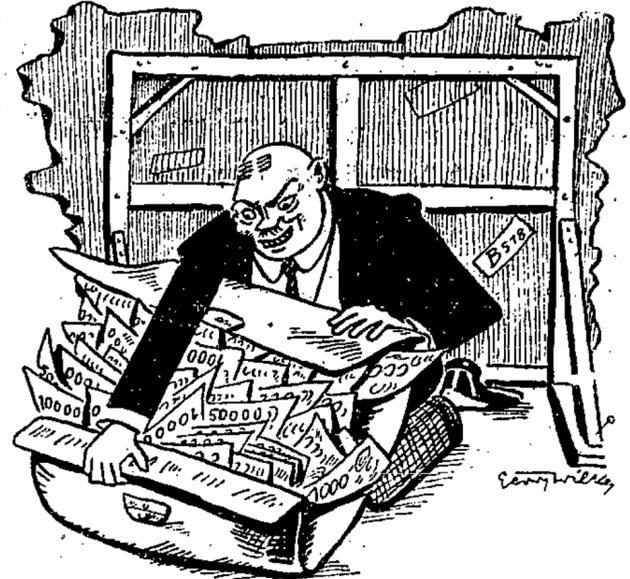
in unserem Falle, die Selbständigkeit in der reinen Anarchie in der Produktion und in der Güterverteilung nicht freiwillig aufgibt, um im organisierten Kapitalismus eine Planmäßigkeit der Wirtschaft zu suchen, sondern aus Existenzgründen dazu geblieben wird, sucht man die Profitquote zu steigern. Immer wieder hat sich bei solchen Uebergängen gezeigt, daß eine staatliche Bevormundung des Kapitals unbedingt notwendig ist, um Schäden für die Gesamtwirtschaft zu vermeiden. Wir erlebten das beim Eintritt unserer Wirtschaft in die kapitalistische Periode vor hundert Jahren, der mit übersehten Arbeitszeiten, gedrückten Löhnen, Ausbeutung von Frauen und Kindern verbunden war. Wir erleben das heute, wo der Kapitalismus auf Grund seiner Organisation den Kartellpreis erfunden hat, den übersehten Preis. Das bedeutet Auspowierung der Verbraucher zugunsten einer gesteigerten Profitquote.

Hier hätte die staatliche Bureaucratie, eine Reichsregierung, die wirklich Wirtschaftspolitik zu machen verstand, eingreifen müssen. Verschiedentlich dämmerte auch die Erkenntnis. So

Die notleidende Industrie.



Dor und —



hinter den Kulissen!

erlebten wir z. B. die Luthersche Preisabbauaktion, die aber bald, an dem Widerstand der Interessenten zerschellend, im Sande verlief. So versagten die verschiedenen Reichsregierungen im Reiche, versagte ihre Wirtschaftspolitik. Der Staat als Regulator in der Wirtschaftsentwicklung nach der Inflation und während der Rationalisierung wurde ausgeschaltet. Der Kapitalismus, die ungehemmte Profitgier, erries sich im gigantischen Kampf um die Vortänführung in unserer Wirtschaft als der stärkere Teil.

Davon schweigt Parter Gilbert. Es hat bekanntlich eine Krähe der anderen kein Auge aus. Falsch ist aber die Meinung, daß die Preisüberhöhung bei uns auf der steuerlichen Anspannung der deutschen Privatwirtschaft beruhe.

4. Interessentenwirtschaft.

Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierungen mußte verjagen, weil diese Wirtschaftspolitik zugunsten bestimmter Wirtschaftsgruppen betrieben wurde und noch nie etwas anderes war als nackte Interessentenpolitik. Wenn Deutschland nun einmal vor der Tatsache stand, seine Warenausfuhr zu steigern, um seine Schulden im Auslande abzubauen bzw. zu verzinsen, dann hätte man vor allem die von unserer Wirtschaft benötigten Importe, die Einfuhren an Rohmaterial und Lebensmitteln, möglichst verbilligen müssen. Man hat sie aber durch übersehte Zölle verteuert.

Das gilt in erster Linie für die Agrareinfuhren und die Agrarzölle. Man suchte die hohen Roggen-, Weizen- usw. Zölle dadurch zu rechtfertigen, daß man der Landwirtschaft die nötigen Geldmittel zuführen wollte, damit diese rationalisieren und die Lebensmittelimporte nach Deutschland senken könnte. Das Spiel treiben wir nun schon fast drei Jahre. Aber von einer Rationalisierung der Landwirtschaft merken wir nichts. Unsere Lebensmittelbilanz ist nach wie vor hoffnungslos passiv und es ist auch kein Lichtblick vorhanden,

daß sich das in absehbarer Zeit ändert. Der Zoll ist nicht die Rationalisierung der Landwirtschaft, sondern nur ihre technische Rückständigkeit gefördert. Man hält aber an den Agrarzöllen fest, legt die Möglichkeit, Handelsverträge mit großen Staaten abzuschließen, aufs Spiel, um den Großagrarern immer wieder neue Liebesgaben zuzulassen. Ähnlich liegen die Dinge bei den industriellen Einfuhren und industriellen Zöllen. Im Frühjahr 1927 versprach der Reichswirtschaftsminister eine Senkung der autonomen Zölle. Seit Monaten berät nun schon der Reichswirtschaftsrat darüber, wie das eigentlich gemacht werden soll. Wir können verraten, daß diese Erörterungen im Reichswirtschaftsrat äußerst kompliziert und interessant sind. So stand vor kurzem die sicherlich in ihren wirtschaftspolitischen Auswirkungen wichtige Frage zur Erörterung, inwieweit der Zoll auf Vogelneze ermäßigt werden kann. Geht es nach dem Willen der Reichsregierung, dann schlägt sich der Reichswirtschaftsrat, der doch sicherlich wichtigeres zu tun hat, noch jahrelang mit solchen Ueberflüssigkeiten und Ueberheiten herum.

Wenn sich trotzdem unsere Fertigwarenausfuhr, inmitten einer glänzenden Inlandskonjunktur, steigern konnte, so spricht das von der Kraft und von der elementaren Gewalt der deutschen Rationalisierung. Sie konnte sich trotz der Politik der Reichsregierung durchsetzen. Aber das genügt nicht. Es reicht nicht, um die Auslandsanleihen Deutschlands, die Kapitalimporte in unser Land zu verzinsen und zu amortisieren. Die Politik, die solche Resultate aufzuweisen hat, ist wirklich eine kurzfristige und ungesunde Politik. Damit ist wohl der Stab über die Reichsregierung gebrochen.

5. Anlagen und Konjunktur.

Mit Ausnahme einiger ganz Berrückter, die ins Irrenhaus gehören, hat wohl kein Mensch in Deutschland Reue, nach einem zweiten Ruhrabenteuer. Aber der Kurs in unserer Wirtschaft und Finanzpolitik scheint gerade in ausländischen Kapitalistenkreisen, die ja das Geld für die deutschen Auslandsanleihen hergeben, Deutschland verabschiedet zu haben. In der Silberischen Kritik ist dieser Vorwurf nicht klar formuliert. Er liegt aber seinen gesamten Ausführungen zugrunde.

Das führt zu den Erörterungen über Auslandsanleihen im allgemeinen und ihre Sicherheit. An dieser Stelle ist des öfteren festgestellt worden, daß das Auslandsgeld, das in der deutschen Wirtschaft leihweise angelegt wird, am besten geschickt ist, wenn die Produktivität der deutschen Wirtschaftsmaschine gesteigert werden kann. Nur so ergeben sich die notwendigen Mittel, das Geld zu verzinsen und zu amortisieren.

Soweit nun die langfristigen Auslandskredite, die erst nach Jahren zurückgegeben werden müssen, in Frage kommen, kann nur gesagt werden, daß sie hundertprozentig in die Rationalisierung geflossen sind. Eine vernünftige Wirtschaftsführung des deutschen Unternehmertums und eine vernünftige Wirtschaftspolitik im Reiche vorausgesetzt, ist für sie hundertprozentige Sicherheit vorhanden. Bedenklich sind nur die kurzfristigen Schulden. Sie können eines guten Tages, sozusagen über Nacht zurückgefordert werden und dürften dann zu den wirtschaftlichen Rückschlägen führen, die dem Reparationsagenten vorzuschweben. Wie stark der Bedarf nach Auslandskapital aber ist, beweist wohl die Tatsache, daß die kurzfristigen Auslandskredite bedenklicher Weise auch zum größten Teil in die Rationalisierung gesteckt wurden. Die kurzfristige Verschuldung Deutschlands scheint es auch zu sein, die zu der Auffassung, Deutschland verschulde sich auf jeden Fall, Anlaß gegeben hat.

Hätte der für unsere Geldpolitik verantwortliche Mann, Dr. Schacht, der Präsident der Deutschen Reichsbank, frühzeitig eine sachliche Versorgung der deutschen Wirtschaft sichergestellt, so hätte diese Meinung im Auslande erst mal gar nicht auskommen können. Schacht aber versagte, wie seine sprunghafte Disziplinpolitik beweist. Als hinsichtlich der Auslandsanleihen die Katastrophe schon deutlich wurde, suchte er bei den Betreibern der öffentlichen Hand zugunsten des Privatkapitalismus abzubremsen, ebenso falsch wie vor Monaten, wo man mit Auslandskapital beispiellose Börsenhäufen finanzierte, während der Bedarf der Wirtschaft nach Auslandskapital nicht zu decken war. Einer der Hauptmischuldigen an dem Debacle der deutschen Wirtschaftspolitik heißt Dr. Schacht.

6. Eine zweite Kreditkrise??

In der ganzen Silberischen Kritik ist die Frage der Auslandsanleihen das Wesentlichste. In seinem Antwortschreiben kann Dr. Köhler nur auf die hinsichtlich der Aufnahme neuer Auslandsanleihen getroffenen Maßnahmen und Reformen verweisen.

Abzuwarten ist, ob diese Reformen im Auslande die nötige und beachtliche Wirkung haben. Als 1925 die amerikanischen Kredite für Deutschland abgestoppt wurden, führte das zu der großen Krise. Die Konjunktur in Deutschland, die wir seit Monaten erleben, hängt ebenso eng mit den neuen Kapitalzufuhren von England nach Deutschland zusammen. Ist bei den amerikanischen Kapitalisten die Besorgnis im Sinne Parter Gilberts größer als die Reue, mit uns weitere Geschäfte zu machen, so kann der Briefwechsel Gilbert-Köhler zu einer schweren Wirtschaftskrise führen.

Wir sind der Auffassung, daß die Rechtfertigungen Köhlers, besonders die genannten Reformen bezüglich der Auslandsanleihen, nicht genügen. Notwendig ist eine andere, nach den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft orientierte Wirtschaftspolitik. Dazu ist die gegenwärtige Regierung nicht in der Lage. Sie muß verschwinden! Im Interesse unserer Wirtschaft. Das wird Fried und Aufgabe des kommenden Wahlkampfes sein. Friedrich Ditt.

So spricht die Zeit!

So spricht die Zeit:
Die Welt rings nach Erlösung schreit,
Vorbei ist Schen und Flehen und Bitte,
Schon stampfen die Räder mit zornigem Kreise,
Die Erde beb't unterm Massenritte,
Die Stürme brausen — ich bin bereit!
So spricht die Zeit



Politische Wochenschau.

Der Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten. — Der Streit um den Reichsfinanzminister. — Die Gemeindevahlen in Oldenburg. — Sozialer Rückschritt im Reichswirtschaftsrat.

Die Reichsregierung hat nach längerem Zaudern die Denkschrift des Reparationsagenten Parker Gilbert und ihre Antwort darauf veröffentlicht. Gilbert übt Kritik an der Finanzwirtschaft der deutschen Regierung; trotz der Versicherung des Reichsfinanzministers bei seiner diesjährigen Rede, daß künftig gespart werden solle, habe die Regierung eine Reihe kostspieliger Gesetze vorgelegt. Er nennt insbesondere die Besoldungsreform, das Schulgesetz und das Liquidationsschuldengesetz, die so erhebliche Mehrausgaben erfordern würden, daß dadurch die Ausführung des Dawes-Abkommens gefährdet werde. Die Regierung weist in ihrer Antwort in einigen Punkten nach, daß der Reparationsagent die Dinge falsch sehe, in anderen Punkten erklärt sie sich zu mündlichen Verhandlungen bereit. Sie wendet sich mit Recht dagegen, daß etwa Ersparnisse in der Sozialpolitik gemacht werden sollen. Ohne Zweifel ist die Kritik des Reparationsagenten zum Teil falsch oder übertrieben. Soweit er sich gegen die angeblich verschwenderische Finanzpolitik der Gemeinden wendet, erklärt sich das dadurch, daß man in Amerika, der Heimat des Reparationsagenten, die wirtschaftlichen Funktionen der deutscher Gemeinden und Länder nicht kennt; außerdem hat er sich dabei von den Großbanken, den Schwerindustriellen und der Reichsbank beeinflussen lassen, die schon seit langem gegen die Ausdehnung der öffentlichen Betriebe in den Gemeinden hegen. Soweit der Reparationsagent mit seiner Kritik an der Finanzgebarung der Reichsregierung recht hat, sind seine Bedenken schon lange vorher durch die Sozialdemokratie im Reichstag zum Ausdruck gebracht worden. Noch bevor die Denkschrift Parker Gilberts bekannt war, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Interpellation zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bürgerblocks eingebracht. Hätte die Regierung diese Interpellation sofort beantwortet, so wäre sie nicht erst durch den Reparationsagenten dazu genötigt worden, öffentlich zu den dort angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Auseinandersetzung mit dem Reparationsagenten hat zu einem Konflikt innerhalb der Regierungsparteien geführt, in dessen Mittelpunkt der Reichsfinanzminister Köhler steht. Man macht ihm zum Vorwurf, daß er das Hervortreten des Reparationsagenten selbst verursacht habe, und daß dadurch die Besoldungsreform gefährdet sei. Außerdem habe er den Beamten vorzeitig Versprechungen gemacht, die jetzt nicht eingelöst werden können. Dazu kommt noch eine Agitation gegen die Besoldungsreform aus den Kreisen des Zentrums, dem Herr Dr. Köhler angehört, selbst. Man spricht bereits davon, daß Köhler seinen Rücktritt erklären wolle, wenn diese Gegenstände nicht beigelegt werden. Die Parteien des Bürgerblocks sind jetzt eifrig dabei, um eine Zerpfitterung des Konfliktes zu verhindern. Denn der Rücktritt Köhlers würde eine schwere Regierungskrise zur Folge haben, aus der sich dann die Auflösung des Reichstags ergeben müßte. Neuwahlen sind den Regierungsparteien im Augenblick aber gar nicht erwünscht, da sich bei den Einzelwahlen der letzten Zeit in Nordwestdeutschland gezeigt hat, wie stark der Rück der Wählerschaft nach links geht.

Auch bei den Gemeindevahlen in Oldenburg zeigte sich diese Linksbewegung. In der Hauptstadt Oldenburg wurde die Mehrheit des Rechtsblocks gebrochen, in Delmenhorst, Rühringen und einigen anderen Städten hat die Sozialdemokratie die Mehrheit im Gemeindeparlament entweder neu gewonnen, oder noch weiter verstärkt. Während die sozialdemokratische Partei eine große Stimmenzunahme erzielte, sind die Stimmenzahlen der Rechtsparteien überall zurückgegangen. Die kommunistische Partei hat in Oldenburg nur geringe Bedeutung. Auch in Mecklenburg, wo in einigen Städten gewählt worden ist, hat die Sozialdemokratie eine Anzahl von Mandaten erobert. Die Furcht der Parteien des Bürgerblocks vor den Reichstagsneuwahlen ist also durchaus begründet. Ob aber die Wahlen in kurzer Zeit oder erst im Herbst nächsten Jahres kommen werden, der Abrechnung entgegen die Reichsparteien nicht.

Von den in Vorbereitung befindlichen sozialen Vorlagen war von der Regierung das Arbeitsschutzgesetz als eines der wichtigsten bezeichnet worden, weil es unter anderem die Neuregelung der Arbeitszeitbestimmungen umfassen soll. Daß die Unternehmer und die ihnen dienenden Parteien gar nicht daran denken, die Forderungen der Arbeiter nach einer wesentlichen Verbesserung des Arbeitsverhältnisses anzuerkennen, hat sich jetzt bei der Beratung der Arbeitszeitbestimmungen im Reichswirtschaftsrat gezeigt. In dem Gutachten, das die Körperschaft für die Regierung erstattet, sind fast alle Verbesserungsansätze der Arbeitnehmergruppe abgelehnt, dagegen eine Reihe von Verschlechterungen der Unternehmergruppe eingefügt worden. Schon die Regierung wollte die Arbeit in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, in Fischerei, Schifffahrt, Luftfahrt und Hauswirtschaft vom Geltungsbereich des Gesetzes ausnehmen, jetzt haben die Unternehmer auch noch die Arbeit im Gartenbau unter diese Ausnahmebestimmung gestellt. Die Mehrarbeitsbezahlung für Arbeitsausfall an Wochenendtagen wurde gestrichen; weiter ein Antrag der Arbeitnehmer abgelehnt, wonach in Betrieben mit ununterbrochener Arbeit nur das Dreifachsteinstundenmaß mit der 8-Stunden-Woche zugelassen werden solle. Auch in der Frage der Arbeitsbereitschaft, in der Anzahl der Mehrarbeitsstunden und bei der Ueberarbeit in außerordentlichen Fällen wurden Verschlechterungen eingefügt. Es wird, wenn diese Vorlage an den Reichstag kommt, eines harten Kampfes bedürfen, um ein Gesetz zu schaffen, das einen wirklichen sozialen Fortschritt darstellt.

Theorie und Praxis in der kommunistischen Agitation.

Auf dem Stadtfestwerk in Knappsch hat sich in der Agitation bisher ganz besonders der kommunistische Stadtverordnete Pisk aus Brühl hervorgetan. Nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaftsbewegung überhaupt taugt nach all dem, was Herr Pisk andauernd den Arbeitern erzählt, nicht viel. Dieser Mann, der am liebsten jeden Tag ein paar Christen verpöbelt hätte, hat folgenden Brief an die Betriebsleitung geschrieben:

„Hochgeehrter Herr Oberingenieur! Ich habe mir zum Prinzip gemacht, daß ich jeder selbst der Nächste ist. Und demgemäß möchte ich mich jetzt auch einstellen. Um dieses zu erreichen, möchte ich an Sie, Herr Oberingenieur, mit der Bitte herantreten, mich vom Baubetrieb in den Carbid- oder Feisbetriebe zu überweisen. Wenns möglich, an den Ofen. Sie, Herr Oberingenieur, werden sich auf dieses Schreiben fügen, dieses ist nur ein Vorspiel falscher Tatsachen. Wenn Pisk in diesem Betriebe festhält, so wiegelt er daselbst alle Leute auf. Ich kann Ihnen, Herr Oberingenieur, das Versprechen geben, daß selbiges nicht zutreffen wird. Sollten Sie meinem Versprechen keinen Glauben schenken, bin ich bereit, jedes mir vorgelegte Schriftstück diesbezüglich zu unterschreiben. Durch die fünfjährige Tätigkeit im hiesigen Werke und die Spararbeit meiner Frau war es mir möglich, eine Summe von 2000 Mk. zu sparen. Wir sind nun gewillt, uns ein Eigentum zu schaffen. Und dazu reichen die 2000 Mk. nicht hin. Wenn man Geld verdienen will, muß man arbeiten und dieses ist im Carbid und Feis der Fall. Ich verstehe nicht, daß ich, wenn ich dieses erreichen will, von Ihnen, Herr Oberingenieur, abhängig bin. Sie können sich über mein Betragen und meine Arbeitsleistung bei dem Herrn Bauführer Mantz und Meister Wähler erkundigen.“

In der Hoffnung, daß Sie, Herr Oberingenieur, meinem Wunsche Rechnung tragen, danke

Josef Pisk, Baubetriebskontrolle 1271.“

Der Betriebsleiter hat diesen Brief dem Betriebsrat zur Kenntnis gegeben und dabei bemerkt:

„Es war keiner im Betrieb, der mehr an Ueberstunden geschimpft hat, wie Pisk. Es war keiner im Betrieb, der mehr Ueberstunden geleistet hat, wie Pisk. Es war keiner im Betrieb, der sich mehr an Ueberstunden gedrängt hat, wie Pisk.“

Kommentar überflüssig!!!

Zum 30jährigen Bestehen der Filiale Jilertthal des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Vor nunmehr 30 Jahren wurde die Filiale Jilertthal des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegründet. Die Gründung erfolgte am 16. Oktober 1897 in einer Privatwohnung, und zwar beim Kollegen Günther in Jilertthal. Genosse August Leuchtmann war Vorsitzender, Kollege Erner Koffner und Kollege Scholl Schriftführer. Der Genosse Hermann Günther war zweiter Vorsitzender. Die Anregung zu dieser Gründung ging eigentlich von einigen Langenbielauer Kollegen aus, die damals in der Weberei Jilertthal arbeiteten. Nach der Hochwasserkatastrophe 1897 war in der hiesigen Gegend im allgemeinen eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften. Das war nun auch die beste Gelegenheit für die junge Organisation, sich in ihrer Aufgabe zu betätigen. Es waren in einem Jahre 300 bis 400 Mitglieder gewonnen worden. Die Forderung der Arbeiter ging auf Lohnerhöhung und Entschädigung bei Warten auf Kette oder Schuß. Es wurde eine 20prozentige Lohnzulage erreicht, sowie ein Wartegeld von 1 Mark für den zweiten Stuhl. Die Betriebsleitung und deren Angestellte waren dem jungen Verbande feindlich gesinnt und suchten Zerpfitterung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Damit wollten sie zuerst wenig Erfolg. Doch als im „Protokoll“ ein Bericht erschien, welcher Betriebsbedingungen einer scharfen Kritik unterzog, wurde der ganze Vorstand gemahregelt. Die Kollegenschaft erklärte sich mit den Gemahregelten solidarisch und legte die Arbeit nieder. Versammlungen wurden mit Hilfe von Polizei verhindert. Eine Versammlung sollte im Hartelstscham stattfinden, auch diese wurde von der Polizei unmöglich gemacht. Die anfängliche Geschlossenheit fiel schon am dritten Tage auseinander. Nach dreitägigem Streik waren schon über 50 Proz. der Belegschaft wieder in Arbeit. Unter diesen Umständen mußte der Streik abgebrochen werden. Dadurch war nun der Mitgliederbestand bis auf etwa 100 herabgesunken. Bei dem Streik hatte die Betriebsleitung den Arbeitern versprochen, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, würden keinerlei Lohnabzüge gemacht. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Im Jahre 1901 und 1902 setzte eine heftige Krise ein. Die Weber mußten sehr viel auf Kette und Schuß warten. Die Wartegelder wurden nun nicht mehr gezahlt. Es gab für die Arbeiter sehr schlechte Verdienste. Daraufhin erschien in der Arbeiterpresse eine scharfe Kritik mit dem Titel „Hohn statt Lohn“, nach welchem unzulängliche Wochenverdienste von 5 Mark nachgewiesen wurden. Dieser Bericht wurde auch vom Genossen Bebel im Reichstag vorgetragen und wurde in fast allen Arbeiterzeitungen Deutschlands zum Abdruck gebracht. Diese Veröffentlichungen hatten jedoch in Jilertthal-Erdmannsdorf wie eine Bombe eingeschlagen. Die Betriebsleitung brachte durch einen Helfershelfer im „Boten aus dem Riesengebirge“ eine Berichtigung, nach welcher Durchschnittsverdienste von 13,40 Mk. erreicht worden wären. Diese hohen Durchschnittsverdienste waren nur dadurch errechnet worden, daß alle Beamte und Angestellte mit hineingerechnet worden waren. Eine nochmalige Erhebung, welche der Kollege Hermann Krähig anstellte, ergab noch niedrigere Verdienste, sogar bis 2 Mark herunter pro Woche. Der Kollege Wilhelm Reimann und sein Sohn Robert Reimann wurden beide aus dem Betrieb verdrängt, weil sie für den Deutschen Textilarbeiterverband agitierten. Sogar die Frau des Kollegen Reimann wurde nach ihrer Entbindung im Betrieb nicht mehr eingestellt, weil man jede Agitation im Betriebe unmöglich machen wollte. Die Beiträge mußten zweher Sonnabends auf der Straße vor der Fabrik einsamelt werden. Bei Regen und Schneewetter waren oftmals die Wartens aufkommegestell. Heute ist es viel leichter gemacht, da haben die Untertassler nicht mehr mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Durch beständige Agitation und tatkräftige Unterstützung durch den Gauleiter Kollegen Otto Frisch war es möglich, die Mitgliederzahl zu heben und auch eine kleine Lohnaufbesserung von 60 Pf. bis 1 Mk. pro Woche wurde erreicht. Es hielt immer sehr schwer, Versammlungsräume zu bekommen. Es stand uns nur der „Gasthof Schlüssel“ und die „Grundmühle“ in Quirt zur Verfügung. In Wind und Wetter wurden stundenlange Wege gemacht, um eine Versammlung zu besuchen. Bei besonderen Anlässen waren die Versammlungen trotzdem oft besser besucht als heute, wo der Versammlungsbuch so bequem gemacht ist. Während des Krieges verloren wir den größten Teil der Mitglieder. Erst im Jahre 1916 begann ein langsamer Aufstieg. 1917 mußten tagelang Reuenaufnahmen ausgeschlossen werden. Die übrigen Betriebe in Schmiedeberg und Jilertthal folgten erst nach der Revolution. Die Installationszeit machte sich auch für die Filiale Jilertthal verberblich bemerkbar, wenn auch der Mitgliederabgang nicht gerade erheblich war. Allen Stärmen zum Trost hat der Betrieb in Jilertthal in treuer Anhänglichkeit zur Organisation gehalten. Dieses gesellige Verhältnis war nur möglich durch einen Stamm tüchtiger Kollegen, die treu zur Organisation gehalten haben. Auch der Betriebsrat hat seine ganze Kraft für die Einheit und Geschlossenheit der Mitglieder vermerkt. Wenn wir in diesem Geiste weiter Hand in Hand arbeiten, so werden wir auch in Zukunft weitere Erfolge erzielen.

Berichte aus Fachkreisen.

Kirschau-Cunewalde. Die Filiale veranstaltete am 23. November in Witten und am 24. November in Cunewalde Arbeiterinnenversammlungen und hat hierzu die Kollegin Ritsche von der Hauptverwaltung-Berlin als Rednerin gewonnen. Von sämtlichen Kolleginnen der genannten Orte und deren Umgebung wird zeltlose Beteiligung erwartet. Alle Kollegen werden gebeten, ihre Frauen und Töchter auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen und mitzubekommen, daß ihren Angehörigen dieser Abend zum Versammlungsbuch freibleibt. Bringt auch dem Verband noch fernstehende mit in diese Versammlung. Näheres im Inserat der heutigen Zeitung.

Literatur.

Vor kurzem ist ein neuer Roman von dem bekannten amerikanischen Arbeiterdichter Upton Sinclair erschienen, betitelt „Petroleum“. Es handelt sich wieder um ein Meisterwerk, das alle Vorzüge des Dichters in sich vereint. Vor allem ist die Anschaulichkeit, mit der er die gigantische Arbeitsleistung, die Interessen und Kämpfe, wie die Vergnügungen und Ideale aller Bevölkerungsschichten Amerikas schildert. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 6a, bringt im Einvernehmen mit dem Originalverleger eine Sonderausgabe für Gewerkschafter zum Preise von 5 Mk. (Die Originalausgabe in Ganzleinen kostet 7 Mk.)

Der Mann, der den Transhimalaja entdeckte, der größte lebende Forscher der Weltzeit, schreibt seine Autobiographie: „Mein Leben als Entdecker“. (Mit 7 bunten und 151 einfarbigen Abbildungen und 15 Karten. 18 Mk., Leinen 15 Mk. Brockhaus, Leipzig.) Ein solches Werk des treuen Freundes unseres Vaterlandes bedarf in Deutschland keiner Einführung. Es vereint die Vorzüge der zahlreichen klassischen früheren Reiseliteratur und ist vor allem für die bestimmt, die seine bisherigen Bücher noch nicht kennen und sich doch ein abgerundetes Bild der Laten dieses bedeutenden Mannes verschaffen wollen. Alle Bilder des Buches sind neu. Sven Hedin hat sie besonders nach seinen Reisezeichnungen gezeichnet.

Geschäftsführergesuch.

Für die Geschäftsstelle Blauen i. S. wird zu möglichst baldigem Antritt ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht.

Blauen ist eine Geschäftsstelle mit zurzeit circa 6000 Mitgliedern. Neben Großindustrie sind dort auch viele Mittel- und Kleinbetriebe sowie Hausindustrie vorhanden. Bedingung ist gute organisatorische, zum Verhandeln mit Unternehmern und Behörden befähigte Kraft, Kenntnisse der einschlägigen Gesetze, mindestens fünfjährige Mitgliedschaft. Bisher tätige Verbandsfunktionäre wollen ihre Bewerbungen unter Angabe ihres Eintritts in den Verband, Angabe des Berufs, des Geburtsdatums und des Familienstandes spätestens bis Montag, den 28. November, an den Hauptvorstand, Berlin O. 34, Memeler Str. 8/9, einbringen.

Die Stelle ist auch zur Bewerbung für Ortssekretäre i. A. freigegeben.

Das Anfangsgeld beträgt 325 Mk. Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung von 75 Mk. gezahlt. Kollegen, die sich schon im Anstellungsverhältnis befinden, wird ihre bisherige Dienstzeit angerechnet.

Der Bewerbung muß beigelegt sein:

- 1. eine schriftliche Arbeit über „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsangeestellten“,
2. ein kurz gefaßter Lebenslauf, der auch die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweist.

Die Bewerbung ist mit dem Kennwort zu versehen: Geschäftsführer Blauen i. S. Der Hauptvorstand: gen. Karl Schrader.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 20. November, ist der Beitrag für die 46. Woche fällig.

KIRSCHAU-CUNEWALDE Arbeiterinnen-Versammlungen

Witten, am Mittwoch, dem 23. November, abends 8 Uhr, im „Engel“,
Cunewalde, am Donnerstag, dem 24. November, abends 8 Uhr, Kutschkes Gasthof.
Kollegin Ritsche aus Berlin spricht über:
Frauen hört, die Stunde mahnt!
Hierzu sind sämtliche Arbeiterinnen unserer Industrie freundlichst eingeladen. Zutritt haben auch Nichtmitglieder.
Die Ortsverwaltung.

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Druck: Verlags- und Buchdruckerei und Buchbinderei Paul Singer u. Co. in Berlin.

Was brachte die Mitarbeit im Deutschen Textilarbeiterverband?

... Erweitertes Pflichtentgelt, frühzeitiges Selbständigwerden meines Kindes.

Frühzeitig, mit 17 Jahren, dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglied beigetreten, habe ich mich vor dem Kriege nur sehr wenig gewerkschaftlich betätigt.

Mit 24 Jahren war ich gezwungen, einen eigenen Haushalt zu gründen. Es war wegen meinem Wüßchen, das des Tags über in Pflege, aber nach Fabrikschluß bis Fabrikbeginn und auch des Sonntags meiner Erziehung anvertraut war. Und wie ich das Wüßchen erzogen habe? Ans schulspflichtige Alter gekommen, mußte er, wenn ich tagüber in der Fabrik war, auch schon im Haushalt mit greifen. Hier und da schimpfte er auch mal — er tat das so, als wenn es nicht zu meinen Ohren kommen sollte, ließ aber — der Schein — die Tür offen. Die richtigen Schuhe, jetzt pug ich nur meine. Als er aber wieder vom Schuhputzen zurückkam, blühten die meinetwegen wie Dad. So war es auch in bezug auf Sauberhaltung der Wohnung, da war gewöhnlich und aufgemacht, und schließlich wollte er es sich nicht gefallen lassen, daß ich in höchster Freude ihm einen Schmah gab. Der Vater meines Jungen hat eine andere bevorzugt. Wohl ihm!

Nach Ende des Krieges wurde ich immer mehr für die gewerkschaftliche und politische Mitarbeit interessiert. 1921 wurde ich von einer der höchsten Weberbelegschaften am Ort als Betriebsratsmitglied gewählt. Der neue Aufgabenzirkel, der mir gestellt war, verlangte Erweiterung meiner Kenntnisse. Ich besuchte Schulkurse über das Betriebsratswesen, über Volkswirtschaft usw., wurde eifriges Funktionärin des Deutschen Textilarbeiterverbandes und kam in den Vorstand und Gauvorstand und den Vorstand des DGB am Ort. Weiter war ich Mitglied im Fachauschuß für die Textilindustrie im Arbeitsnachweis. Von Beginn der Inflationszeit an war ich bei Lohnverhandlungen beteiligt. Durch alle diese Funktionen war es mir nicht möglich, mich um meinen Jungen zu kümmern, wie es notwendig gewesen wäre. Meistens sah ich ihn nur früh, ja es ist vorgekommen, daß wir uns tagelang nicht gesehen haben. Aber das hat meinem Jungen nichts geschadet, er ist dadurch selbständig geworden und hat gelernt, sich mittags auch mal eine Suppe selbst zu kochen. Im übrigen hat er Erfolg bei den Sinderfreunden und jetzt in der Jugendbewegung gefunden.

Von mir selbst kann ich sagen: meine Tätigkeit hat mir volle Befriedigung gebracht, und ich möchte heute meinen großen Pflichtentgelt nicht mit dem der kleinen Familie vertauschen. E. B. G.

... Aufklärung, Schulung, Rechtsschutz, Beistand materieller Art, Arbeitsfreude.

Ein großes Uebel war das Bestrafen von Arbeitern und Arbeiterinnen wegen geringfügiger Vergehen. Ja, das Unternehmertum ging sogar soweit, betrüßig Materialschaden Schadenersatz von Löhnen unter 30 Mk. pro Woche abzugeben. Ein interessanter Fall spielte sich in einer größeren Kammergarnspinnerei in Sachsen ab. Dort zerbrachen Spindeln oberhalb des Schnurenmantels sehr häufig, ohne daß es die Zwirnerinnen durch sogenanntes „Nachnehmen“ verhindern konnten. Die Betriebsvertretung, in diesem Fall der Arbeiterrat, verlangte von der Direktion, daß in diese Maschinen neue Spindeln gemacht werden. Aber bei weitem dachte man nicht daran, dem berechtigten Wünsche Rechnung zu tragen. Im Gegenteil, die Direktion ging soweit, zwei Kolleginnen (und ausgerechnet Kolleginnen, die unserer Arbeiterinnengruppe angehören und ständige Teilnehmer unserer Frauenabende sind) mit 3 Mk. Schadenersatz zu belegen, obwohl sie die tariflich festgelegten 30 Mk. Wochenlohn bei weitem nicht erreicht hatten. Auf Anraten des Arbeiterrats klagten sie Bohnklage an. Die Direktion mußte ihnen die 3 Mk. wieder zurückerstatten. Daraufhin stellte die Firma die beiden Kolleginnen vor die Alternative, entweder 50 Pf. Strafe zu zahlen oder in 14 Tagen den Betrieb zu verlassen. Wiederum wurde der Rat des Arbeiterrats, weder das eine noch das andere anzunehmen, befolgt. Mit der Erklärung, beide Anstinnen zurückzuweisen, befanden beide Kolleginnen ihre Kündigung. Sofort wurde gegen diese Maßnahme protestiert. Der Arbeiterrat machte den beiden Kolleginnen den Klageweg offen. Der Termin fand statt. Die Direktion beschuldigte die Klägerinnen, schuld am Zerbrechen der Spindeln zu sein, indem sie mit Messern an diesen herumgeschnitten hätten. Die beiden wiesen diese Beschuldigung energig zurück. Um dem Streit ein Ende zu machen, verlangte die Vorsitzende des Arbeiterrats einen Gutachter. Dieser wurde gestellt. Dieser Herr sowie der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes und der Betriebs- und Arbeiterrat untersuchten dann im Betrieb die Angelegenheit. Das Gutachten fiel so aus: „Am unteren Teil des Schnurenmantels an der Spindel sei mit einem harten Gegenstand geschnitten worden.“ Mit diesen Unterlagen ging man dann in den zweiten Termin. Das Endresultat war, daß die Klägerinnen wieder eingestellt wurden und eine angemessene Entschädigung erhielten, weil das Schneiden unterhalb des Schnurenmantels keinen Einfluß auf das Zerbrechen der Spindel oberhalb des Schnurenmantels hatte.

Hätten die beiden Kolleginnen kein Vertrauen zur Organisation und zur Betriebsvertretung gehabt und hätten sie nicht unter dem Einfluß der Aufklärung in den Frauenabenden gestanden, wäre dieser Fall zweifellos nicht so zugunsten der beiden Kolleginnen entschieden worden.

Diese Angelegenheit zeigt, daß uns die Organisation sehr vieles gibt. Erstens: Schulung und Aufklärung der Mitglieder; zweitens: Rechtsschutz und Beistand; drittens: Unterstützung materieller und geistiger Art.

... einen ganz besonderen Lebensinhalt!

Ein Aufschub: „Aber den Genuß beim Erledigen verantwortlicher Verbandsarbeit“ dürfte wohl etwas lang werden, weil ich schon sehr lange für unsere Organisation arbeite. Seit 1907 organisiert, ge-

Fabriken, weil es uns etwas Neues bot, freudig begrüßt; denn jetzt waren wir ja groß. Kaum betreten wir den Betrieb, und schon sieht man das Wirken der Gewerkschaften. Hohe und helle Säle nehmen uns auf; den Fenstern sieht man an, daß sie nicht immer so groß gewesen sind. Bitter und Eisenstäbe sind oft erst nach der Revolution entfernt worden. Frische Luft und Licht gehören in den Arbeitsraum. Die Durchführung dieses Grundgedankes hat sich die Gewerkschaft zur Aufgabe gestellt. An den Maschinen bemerkten wir neue Bestandteile, die mit den alten Maschinen nicht übereinstimmen. Wir fragen nach ihrer Bedeutung und hören, daß es Schutzvorrichtungen sind, die nach einer genauen Prüfung der Gewerbeaufsicht durch das stete Fördern der Gewerkschaft zum Schutze der Arbeiter angelegt werden mußten. Wir betreten die Garderobe. Auch sie mußt neu an. Bald bekommen wir unsere Vermutung bestätigt: ihre Anlage ist eine Forderung der Gewerkschaft. — Doch jetzt zur Arbeit!

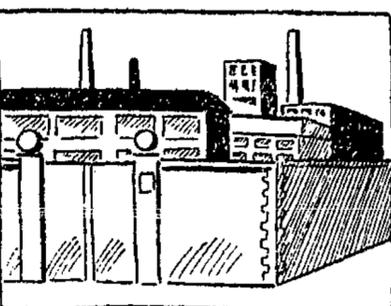
Des Rätsels Lösung.



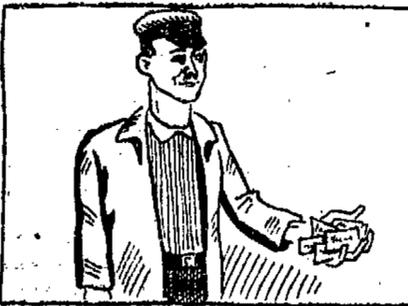
Niedrige Löhne —



kein Umsatz —



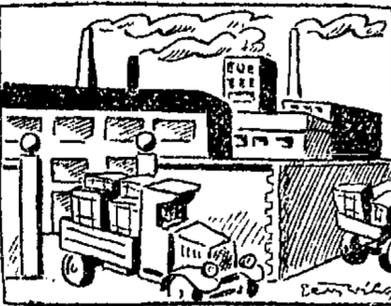
keine Produktion.



Höhere Löhne —



großer Umsatz —



Konjunktur!

hörte ich schon in Görlich der Ortsverwaltung an. 1912 verzogen wir nach Stegitz, wo ich auch dann der Organisation treu blieb, als ich nicht mehr im Betrieb beschäftigt war.

Als 1914 der Krieg ausbrach und der Kasierier unserer Filiale eingezogen wurde, beauftragte mich der Kollege Gauweiler mit der Führung der Kassengeschäfte. Waren es auch nur 86 Mitglieder, welche ich übernahm, so waren es doch Pflichten, diese Mitglieder zu erhalten. Als dann das Jahr 1917 und 1918 herankam, war es uns möglich, viele neue Mitglieder zu gewinnen, und als dann die Filiale im Jahre 1920 dazu überging, einen Geschäftsführer anzustellen, dann war ich stolz darauf, demselben 1400 Mitglieder übergeben zu können. Durch das Vertrauen der Mitglieder, ganz besonders meiner Kolleginnen, wurde ich nun als erste Vorsitzende gewählt, welches Amt ich auch heute noch bekleide. Durch das jahrelange Zusammenarbeiten mit meinen Mitgliedern fühle ich mich auf das engste mit ihnen verbunden. Wenn es mir auch nicht vergönnt ist, mitten unter ihnen im Betriebe zu stehen, so kann ich doch meinen Kolleginnen mit manchem guten Rat hilfreich zur Seite stehen. Trotzdem ich verheiratet und Mutter von vier Kindern bin, hat mir meine Verbandsarbeit doch noch einen ganz besonderen Lebensinhalt gegeben und mein sehnlichster Wunsch ist es immer, daß alle Kolleginnen mit derselben Freude und Energie ihre Tätigkeit aufnehmen würden, wie an ihrem Platz, dann könnten wir in unserer Frauenbewegung schon bedeutend weiter sein.

Als nun vor einigen Jahren in allen Gauen Arbeiterinnen-Kommissionen gebildet wurden, war es mir vergönnt, als Vorsitzende für den Gau Schlesien gewählt zu werden. Dem Gauvorstand gehöre ich schon seit Jahren an und ist es mir eine ganz besondere Freude, für meine schlesischen Kolleginnen an maßgebender Stelle wirken zu können. Mit den Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen arbeite ich ebenfalls in bestem Einvernehmen und bin ich auch mit ihren Arbeiten zufrieden, womit aber nicht gesagt sein soll, daß nicht noch mehr geleistet werden könnte. So manche Kollegin wäre noch zur Mitarbeit geeignet, wenn es ihr nicht an der Art sich durchzusetzen mangelte.

Ein feinerer Weg führt zum Ziele, aber ist dieses Ziel erreicht, dann ist die Freude um so größer. Deshalb schreibe ich mit den Worten:

Rastlos vorwärts mußt du streben,
Nie ermüdet stübe ich.
Mißt du die Vollendung jeht!

Agnes Höder, Regau.

... Licht, Lust, Schutz bei der Erwerbsarbeit, Rat und Tat der älteren Kollegenschaft beim Bemühen um Jugendfreudigkeit und Weiterentwicklung.

Mit welcher Sehnsucht erwarteten wir den Tag unserer Schulentlassung, und jubelnd, mit strahlenden Augen, vertieften wir das Schulhaus. Vorbei war der Zwang der Schule. Wir stürmten ins Leben, von dem wir uns goldene Vorstellungen machten. Doch wie sollten wir uns geirrt haben! Sobald das 14. Lebensjahr erreicht war, hieß es schon Geld verdienen. Erst wurde das Arbeiten in den

den Flug der Vögel und fühlen uns selbst frei. Jubelnd sitzten wir unsere Lieder uns Weite. An einer passenden Stelle wird gearbeitet. Möglichst in der Nähe vom Wasser. Die Gelegenheit eines erfrischenden Bades wird von allen freudig begrüßt. Die Nichtschwimmer treiben unterdes andere sportliche Übungen. Ballspiele aller Art, Speerwerfen, Volkstänze usw. Singend, wie wir morgens auszogen, wandern wir auch abends wieder in den Heimatort ein. Ein Zug englischer Gemeinschaft ist beendet.

Von großer Bedeutung ist die Einführung von Jugendleiterkursen der Gewerkschaft. Jedes Wädel, jeder Bürde geht gern zu diesen Kursen. Leiten sie uns doch jedesmal einen Schritt weiter auf dem Gebiet der Bildung. In jeder Ortsgruppe sollte und wird eine Jugendbibliothek innerhalb der Verbandsbibliothek eingerichtet sein, damit die Jugendlichen auch außerhalb der Gruppe Gelegenheit haben, sich weiterzubilden, da nicht jeder Jugendliche in der Lage ist, seinen Bedarf an Büchern selbst zu decken. Gelingt es uns so, Sport und Bildung zu verbinden, werden wir mit Regelmacher sagen können:

„Auf, Brüder! Wir sind Geist und Kraft,
Wir schwingen Schwerer und Fahnenhaft,
Der Sieg bleibt doch dem Banner rot,
Der Menschheit leuchtend Morgenrot!
Wir streiten!
Wir streiten!

Henne Heyn, Barmen,
zeitweilig Heimvolkshochschule Luz.

Wann gibt es Wochengeld?

Drei Frauenbriefe mit gleichen Klagen und Fragen.

Wer heute einer angehenden oder stillenden Mutter Auskunft über ihre Rechtsansprüche geben will, der muß unter Umständen in fünf oder mehr Belegen, Verordnungen usw. tun, um das Richtige zu finden. Erstherr wird dieses Suchen noch durch die vielfachen Änderungen der Gesetzeswerke in letzter Zeit. Besonders die Reichsversicherungsordnung hat eine Reihe Änderungen erfahren. Bei Verfindung sind diese denn als solche, also nicht im Zusammenhang mit dem Gesamtwerk veröffentlicht worden, was auf Kosten der Uebersehbarkeit geht. Kein Wunder, wenn sich die Arbeiterinnen im Mutterkinderrecht nicht mehr ein noch aussuchen und infolge Unkenntnis wichtige Ansprüche verlieren. Allein drei solcher Fälle wurden in einer Woche aus Süddeutschland und Schießen gemeldet. Arme, gesundheitlich schwer geplagte Kolleginnen — eine wurde durch Kaiserschnitt entbunden — erlitten dadurch große wirtschaftliche Nachteile. Mehr als 250 Mark hätte nur die eine der Kolleginnen ein, die bei ihrer Entbindung nicht auf Kosten sondern Fürsorgeleistungen (Wochenfürsorge) angewiesen war. Um solche Härten zu vermeiden, und weil andere Aufklärung fehlt, soll hier kurz

hoch über aller Kleinheit und dem Lärm der Stunde steht,
wer klar sein Ziel erkannt und mutig vorwärts geht.

Walter Schulz.

wiedergegeben werden, was beim Bezug von Wochengeld (Wochenhilfe und Familienwochenhilfe) vorliegen muß.

1. Anspruch auf Wochenhilfe (sachungsmäßige Krankentafel-Einstufungen) hat jede Schwangere, die mindestens zehn Monate, davon sechs im letzten Jahr vor der Niederkunft gegen Krankheit auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder beim Knappschaftsverein versichert gewesen ist.

2. Anspruch auf Familienwochenhilfe haben Ehefrauen, Töchter, Stieftöchter und Pflegekinder, sofern sie in häuslicher Gemeinschaft mit Versicherten leben, die in den letzten zwei Jahren zehn, im letzten Jahre mindestens sechs Monate auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei dem Knappschaftsverein gegen Krankheit versichert gewesen sind.

3. Der Unterstützungsanspruch auf Wochengeld für 1. kann frühestens sechs Wochen vor der Entbindung geltend gemacht werden, wenn die betreffende Versicherte während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt, und wenn der Arzt (nicht die Hebamme) feststellt, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen erfolgt. Ist die Entbindung vor dem im ärztlichen Zeugnis ausgenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung, (Und danach selbstverständlich volle sechs Wochen.)

4. Voraussetzung für die Vergünstigung, Wochengeld für mehr als sechs Wochen vor der Niederkunft zu erhalten, ist, daß der Anspruch sofort erhoben wird, und die Arbeitsniederlegung und Vorlage des ärztlichen Attestes (Letzteres ist vom Kassensarzt unentgeltlich auszubehändigen.)

5. Wird die Auszahlung des Wochengeldes nicht sofort verlangt, so ist, falls die Niederkunft nicht mit Bestimmtheit innerhalb sechs Wochen zu erwarten ist, die freiwillige Versicherung gegen Krankheit bei der bisherigen Krankentafel zu beantragen. Der Antrag ist spätestens vor Ablauf der dritten Woche — vom Tage der Abmeldung als versicherungspflichtige Beschäftigte gerechnet — zu stellen.

6. Schwangerschaftsbeschwerden sind nach dem geltenden Versicherungsrecht keine Krankheit. Sie zählen zu den Begleiterscheinungen der Entbindung und werden bei den hierfür vorgesehenen Leistungen mit eingerechnet. Die Krankentafeln übernehmen für die Behandlung während der Gesamtdauer der Schwangerschaft nur die Kosten für Hebamme, Arztbesuche — kleinere Abstriche — Erfolg für Lohnverlust infolge Erwerbsunfähigkeit wird nur im Rahmen des Anspruches auf Wochengeld — in der Regel also sechs Wochen vor der Niederkunft — gewährt. Allerdings können die Krankentafeln durch Satzung bestimmen, daß ungeachtet des Zeitpunktes der Niederkunft erwerbsunfähige Schwangere ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen erhalten. Wie überhaupt die Kassensatzungen für werdende oder stillende Mütter noch eine Reihe weiterer Vergünstigungen in Wochen- und Stillgeldbezug einbringen können.

Vorbedingung ist natürlich, daß in den Kassenvorständen und Kassenausschüssen aufrechte Vertreter der Arbeiterschaft führend sind. Die bevorstehenden Neuwahlen zu den Krankentafelvertretungen müssen daher von den Textilarbeiterinnen in der richtigen Weise und unter allen Umständen wahrgenommen werden.

Gehen sie alle zur Wahl und geben sie alle Stimmen der Liste der freien Gewerkschaften, dann ist die Gewähr für Verbesserung der gesetzlichen Wochenhilfe gegeben, dann handeln sie im Interesse von Mutter und Kind.

Von der Rüstung der Unternehmerverbände.

Unter dem Titel „Deutscher Streikschutz E. V., Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände für Streikverluste“ wurde vor einigen Jahren eine Vereinigung errichtet, die der Spitzenorganisation der Vereinigten Arbeitgeberverbände angegliedert ist und eine Streikversicherung darstellt. Die uns vorliegende Satzung dieser Vereinigung wurde am 13. Mai 1925 beschlossen und ist am 13. März 1926 und am 11. Oktober 1927 geändert worden. In 42 Paragraphen nebst einigen Anlagen wird darin festgelegt, was die Mitglieder dieser Entschädigungsgesellschaft zu zahlen, und was sie zu erwarten haben. Die Beitragseinstufung und die Entschädigung erfolgt 1. auf Grund des durchschnittlichen Tagesverdienstes der beschäftigten Arbeitnehmer oder 2. auf Grund der Generalunkosten entsprechend der Einstufung in die Gefahrenklassen. Diese sieht folgende Gruppierung vor:

Industrie oder Gewerbe	Beitrag a) in Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes (§ 7, Abs. 1)	b) in Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes (§ 7, Abs. 2)
Bergbau, Metallgewinnung, Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Bauwesen	3	1,50
Steine und Erden, Chemie, Holz- und Schnitzholz, Musikinstrumente und Spielwaren	2,5	1,25
Textil-, Papier-, Vermietung, Leder und Linsenum, Kautschuk und Kork, Nahrung, Genussmittel, Bekleidung, Handel, Verkehrsgewerbe, Landwirtschaft	2	1,—

Diese Gruppierung zeigt, daß die verschiedenen Unternehmungen durchaus nicht einheitlich behandelt werden, sondern große Unterschiede gemacht werden. Es ist nicht ersichtlich, aus welchem Grunde die Gruppierung in dieser Form vorgenommen wurde. Als Generalunkosten werden die letzten Einkommen verstanden, die während des Streiks oder der Ausperrung weiterlaufen.

Ueber die Entschädigung, die den Mitgliedern des Streikschutzes aus der Kasse gewährt wird, sind u. a. folgende Bestimmungen getroffen.

§ 15.

1. Alle Mitglieder, welche auf Grund eines durchschnittlichen Tagesverdienstes ihren Beitrag entrichten haben (§ 7, Ziffer 1), erhalten für die Zeit vom vierten Streik- oder Ausperrungstage ab für jeden ausgefallenen Arbeitstag und für jeden ausfallenden und ausgesperrten Arbeitnehmer

bis zur Höchstzahl der Personen, für welche Beitrag entrichtet ist, den aus der Anlage 1 ersichtlichen Entschädigungssatz (25 Proz. des gemittelten durchschnittlichen Tagesverdienstes).

2. Ist ein höherer oder niedrigerer Beitrag gemäß § 9, Ziffer 1 und 2 gezahlt, so richtet sich der Entschädigungssatz nach der getroffenen Vereinbarung.

3. Mitglieder, die bereits vom ersten Streik- oder Ausperrungstage an entschädigt werden wollen, haben einen um 25 Proz. erhöhten Jahresbeitrag zu zahlen.

Die Höhe der Entschädigung ist im § 16 festgesetzt und wird hierüber folgendes gesagt:

§ 16.

1. Alle Mitglieder, welche auf Grund der Generalunkosten ihre Beiträge entrichten haben (§ 6, Ziffer 2), erhalten vom ersten Streik- und Ausperrungstage ab für jeden Kalendertag, an welchem die gesamte Arbeitnehmerschaft im Auslande ist, ein Dreihundertfünfundsechzigstel der Generalunkosten, welche der Beitragsberechnung zugrunde lagen.

2. Bei Teilstreiks wird der Teil der täglichen Entschädigung gewährt, der dem Verhältnis der ausfallenden Arbeitnehmer zu der Gesamtheit der am Tage vor der Ausperrungsbewegung beschäftigten Arbeitnehmer entspricht.

Das wären die hauptsächlichsten Bestimmungen über Beitragsleistung und Entschädigungsansprüche. Ein klagbares Recht auf Entschädigungen steht den Mitgliedern der Arbeitgeberverbände nicht zu. Organe der Gesellschaft „Deutscher Streikschutz“ sind das Direktorium, der Aufsichtsrat, die Mitgliederversammlung und die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 15 Mitgliedern, von denen mindestens 3 dem Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angehören sollen. Die Direktion wird aus 4 bis 6 vom Aufsichtsrat auf drei Jahre bestimmten Mitgliedern aus dessen Mitte gewählt. Außerdem ist ein besolter Geschäftsführer vorhanden, der die laufenden Geschäfte zu erledigen hat. Dem Direktorium sind außerordentlich große Befugnisse eingeräumt. Ueber Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht.

Die Unternehmer sind also im Kampfe gegen die Arbeiter durchaus gerüstet. Bekanntlich wurden vor einigen Wochen neben dieser permanent bestehenden Streikschutzgesellschaft sogenannte Gefahrengemeinschaften errichtet. Diese Gefahrengemeinschaften umfassen ebenfalls die Unternehmer aller Berufe und sollen eingesetzt werden, wenn größere Bewegungen ausbrechen. Da die Satzung des „Deutschen Streikschutzes“ am 11. Oktober geändert wurde, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Satzung mit den gegründeten Gefahrengemeinschaften in Einklang gebracht wurde. In den neugebildeten Gefahrengemeinschaften soll bekanntlich ein weit höherer Beitrag gezahlt werden, als in der oben behandelten Entschädigungsgesellschaft und zwar pro Arbeiter und Monat 5 Mk. Man hat sich also doppelt und dreifach versichert, falls es zu größeren Konflikten kommen sollte. Daß diese Rüstungen mit fieberhafter Eile vorgenommen werden, beweist, wie die Unternehmer die nächste Zukunft beurteilen. In den maßgebenden Kreisen der Unternehmer scheint das Barometer auf Sturm zu stehen.

Nur alladem sollten die Arbeiter lernen. Sie sollten sich vor allem die Opferwilligkeit der Unternehmer zum Muster nehmen. Bedenken wir doch immer, daß die Unternehmer im Kampf die wirtschaftlich Stärkeren sind. Und wenn sich die wirtschaftlich Stärkeren mit einem derartigen Schutzpanzer umgeben, dann ist es für die Arbeiter um so notwendiger, auf dem Posten zu sein und ebenfalls für eine bessere Rüstung des Kampfes zu sorgen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, die Arbeiter zu veranlassen, das bisher Versäumte schnellstens nachzuholen.

Berichte aus Fachkreisen.

Brandenburg (Havel). Unsere Mitgliederversammlung, welche am 19. Oktober im Volkshaus stattfand, hatte entsprechend der Agitation dafür besser besucht sein müssen. Die Kollegin Kiewiera vom Hauptvorstand sprach über „Die Stunde mahnt“. Ausgehend von den schweren Kämpfen, die die Arbeiterschaft in der Textilindustrie in Schlesien, Sachsen, Süddeutschland, Krefeld, Brandenburg zu führen gezwungen ist, zeigte die Referentin die stramme Organisation der Unternehmer, welche in 30 Konzernen zusammengeschlossen sind, wogegen von der über eine Million beschäftigten Textilarbeiterchaft ein großer Teil nicht den Weg zur Organisation finden will. Bedauerlich sei, daß Männer und Väter, welche in anderen Berufen arbeiten und ihrer Gewerkschaft angehören, ihre Familienmitglieder, welche in der Textilindustrie arbeiten, nicht der zuständigen Organisation, unserem Verbande, zuführen, oft sogar noch davon abhalten. In der darauf folgenden Debatte wurde bemängelt, daß die in den Betrieben neu eintretenden Arbeiter und Arbeiterinnen nicht sofort auf die Organisation aufmerksam gemacht werden.

Kollege Dreier sprach dann über: „Die Arbeitsverhältnisse in den Textilbetrieben und die tarifmäßige Bezahlung der Arbeiterinnen in der Jute-Spinnerei“. Der Verband wird dafür sorgen, daß bei der Verarbeitung des schlechten Materials wenigstens die Akkordbasis bezahlt wird (ist bereits geschehen). Wenn den Betriebsräten und der Organisation der Vorwurf gemacht wird, daß der Achtfundentag noch nicht erreicht ist, so liegt es an der Arbeiterschaft selbst: gibt es doch noch zu viele Arbeitnehmer, welche gern 54 und mehr Stunden arbeiten wollen.

Die Unzufriedenheit unserer Textilarbeiterchaft ist verständlich, da mit der gegenwärtigen Steigerung der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel die Löhne nicht gleichen Schritt halten. Der Lohnsatz gilt bis zum 31. März 1928, wer da will, daß der Lohn aufgebessert werden soll, hat auch die Pflicht, für die Organisation zu agitieren. Es wird in kurzer Zeit eine besondere Agitation für die Stärkung der Organisation stattfinden, hoffentlich mit Erfolg. Wenn fruchtbringende Arbeit für die Arbeiterschaft geleistet werden soll, dann müssen alle Streitigkeiten zurückgestellt werden. Also auf zur Agitation für die Organisation! Ein von den Revisoren gestellter Antrag, daß der Vorstand verpflichtet wird, die Mitglieder, welche aus der Organisation austreten, ohne ihre vollen Pflichten erfüllt zu haben, in den Mitgliederversammlungen bekanntzumachen, wurde einstimmig angenommen.

Heidenheim (Familienabend mit Jubilarehrung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Ortsgruppe Heidenheim.) Zum erstenmal seit Bestehen der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes konnte die am Sonntag, dem 23. Oktober, im dichtbesetzten und von einigen Frauenhilfen unserer Frauengruppe dekorierten Radlokal eine größere Familienfeier, verbunden mit Ehrung der Jubilare, feierlich begehen. Nach einem stimmungsvollen Marsch, vorgetragen durch den Musikalischen Verein Heidenheim unter der guten

Leitung des Herrn Bühler, begrüßte der Geschäftsführer Kollege Wöhr im Auftrag der Ortsverwaltung die Anwesenden recht herzlich, insbesondere die Kollegen R. Bürger, Gauferle in Stuttgart, wie den Geschäftsführer Kollegen Wöhr aus Göppingen. Die heutige Tag sollte der Stärkung des Deutschen Textilarbeiterverbandes dienen. Nach einem Liedervortrag durch den beiderortsangehörigen Vorkämpfer gab Kollege Weber, welcher Vorkämpfer der Ortsgruppe seit deren Gründung ist, ein lebendiges Bild von der Entwicklung der Ortsgruppe. Er schilderte, wie schon in den neunziger Jahren der freigewerkschaftliche Gedanke aufgelebt sei und wie dann einige Jahre später an die Gründung einer eigenen Ortsgruppe herangegangen wurde. Diese Zahlstelle würde unter dem Namen des Fabrikarbeiterverbandes gegründet. Diese wurde dann später vom Deutschen Textilarbeiterverband übernommen. Er erinnerte an die harten Kämpfe, die in den Jahren des Bestehens der Ortsgruppe geführt werden mußten, erinnerte an den Opfermut, den früher dazu gehörte, überhaupt organisiert zu sein. Er bedauerte die Zersplitterung in der Arbeiterbewegung und mahnte die Jugend es den Alten gleichzutun und treu zur Fahne des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu stehen. Die Grüße des Hauptvorstandes sowie der Gauferle überbrachte der Kollege Bürger-Stuttgart. Er begrüßte glückwünschend die Kolleginnen und Kollegen, die 20 und mehr Jahre der Organisation treueste Pionierarbeit geleistet haben; er überreichte den Jubilaren ein vom Hauptvorstand gestiftetes Ehrendiplom. Kollege Bürger dankte den beiden Jubilaren für ihre treue Mitarbeit, insbesondere dem Kollegen Weber, der immer und immer wieder, wenn Stürme das Verbandschifflein zu zertrümmern drohten, mit starker Hand das Verbandschifflein führte.

Nach verschiedenen Vorträgen der Arbeiterführer und des Musikalischen Vereins überbrachte der Kollege Wöhr die Grüße der Göppinger Kollegenschaft, er gab seiner Freude dahin Ausdruck, daß die hiesige Filiale in die Lage versetzt war, eine solche große Anzahl von Jubilaren zu ehren. Kollege Wöhr forderte die Jugend auf, es den Geehrten nachzuahmen, da es bald notwendig werden würde, das Erbe der Alten anzutreten und daß die Jugend dann doppelt notwendig habe, daß sie einigt und geschlossen in einer Front stehe. Redner erntete am Schluß seiner Ausführungen reichlichen Beifall.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Feier einen überaus prächtigen Verlauf nahm. Alle Mitwirkenden taten ihr äußerstes, um dem Fest einen würdigen Verlauf zu sichern. Alle Darbietungen wurden dankbar anerkannt.

Kempten. Die Geschäftsstelle Kempten des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat zum 12. Oktober sämtliche Ausschüsse der freien Organisationen, soweit dieselben dem DDB, angeschlossene sind, sowie der freien Arbeiter-Sport- und Bildungsvereine und der Sozialistischen Partei in Immenstadt zu einer Sitzung eingeladen. Der Besuch war ein überaus guter, es waren alle gedanklichen Körperschaften vertreten. Das Thema der Aussprache bildete die gegenseitige Ergänzung und gemeinsame Arbeit zum Aufbau und Ausbau der freien Arbeiterbewegung.

Kollege Weinberger begrüßte die Erschienenen und legte in kurzen Worten den Zweck dieser Zusammenkunft dar. Als Referent konnte erfreulichweise der Kollege Karl Schönleben, Gauferle des Deutschen Textilarbeiterverbandes aus Augsburg gewonnen werden. In längeren Ausführungen ging der Referent auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung ein. Besonders brachte er in Erinnerung, daß die Grundlage der freien Arbeiterbewegung nicht eine gute gewerkschaftliche Organisation war und bleiben wird. Mit dem Anzug, daß die freien Sport- und Bildungsvereine als Unterstufen für nicht gewerkschaftlich organisierte benötigt werden, muß unter allen Umständen ausgeräumt werden. Ein besonderes Augenmerk haben die Funktionäre der freien Arbeiterbewegung Immenstadt auf die Vorgänge des größten Betriebes, das Hamwerk Immenstadt, zu richten. Die derzeitige Direktion dieses Betriebes ist mit allen Mitteln bestrebt, die Arbeiterschaft wieder zum sklavennmäßigen, willenlosen Ausbeutungsobjekt der Vorkriegszeit zu machen. Hier gilt es die Zusammenfassung der gesamten Kräfte der freien Arbeiterbewegung Immenstadt, um diese Bestrebungen hindern anzuhalten. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat, bewies die allgemeine Zustimmung zu seinen Ausführungen. Als besonders gutes Zeichen für die Zukunft in Immenstadt darf man die sachliche, auf gegenseitiges Vertrauen gestützte Diskussion halten. Allseitig wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, zusammen zu helfen, einander zu unterstützen und damit gemeinsam am Werk der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Joch mitzuhelfen.

Volle Einstimmigkeit herrschte in der Hinsicht, daß das Hauptaugenmerk auf der Erhaltung und dem Ausbau starker gewerkschaftlicher Organisationen zu richten sei. In allen Orten, in welchen sich starke Gewerkschaftsorganisationen befinden, sind auch die Sport- und Bildungsvereine von ausschlaggebender Bedeutung. Kollege Weinberger dankte besonders dem Kollegen Schönleben als Referenten für seine tiefgründigen, markanten Ausführungen. Ebenso konnte derselbe feststellen, daß in Immenstadt der alte Brüderbund verschwunden ist und ein gemeinsames Arbeiten, gestützt auf gegenseitiges Vertrauen, wieder möglich ist. Mit dem Wunsche, wenn möglich, öfter solche Zusammenkünfte zu veranstalten, konnte die für die Arbeiterbewegung in Immenstadt bedeutsame Sitzung beendet werden. Es wäre nur zu wünschen, daß auch in anderen Orten der Wille zum gegenseitigen Verstehenwollen und Vertrauen wieder erwachen würde, womit der freien Arbeiterbewegung wohl am meisten gedient wäre.

Sommerfeld. Die Filiale Sommerfeld feierte am 1. und 2. Oktober ihr 25jähriges Stiftungsfest, das mit einer Fahnenweihe verbunden war. Die Festlichkeiten wurden im Schützenhaus abgehalten. 7 Jubilare konnten durch die Geschäftsleitung mit Blumen und Ehrenurkunden geehrt werden. Der Turnverein „Vater Jahn“, die Förstler und Sommerfelder Jugend boten mancherlei Abwechslung. Der Berufs Humorist P. Oppermann gab vortreffliche Proben seines Könnens. Die Kollegin Brunner sprach den Prolog „Die Alten an die Jungen“. Der Gauferle, Kollege Franz Kogte (Berlin), hielt eine wohlüberdachte Festrede, in welcher er ein Bild von der Entwicklung der Sommerfelder Geschäftsstelle entwarf. Kogte dankte den Jubilaren, den Funktionären und Mitgliedern, die mitgeholfen haben, den Textilarbeiterverband zu seiner heutigen Größe aufzubauen. Der Geschäftsführer, Kollege Schön, überreichte mit anerkennenden Worten im Auftrage des Vorstandes die Ehrenurkunden. Am Sonntag, dem 2. Oktober, wurde der neuen Fahne auf dem Rathausplatz die Weihe gegeben. Im Garten des Schützenhauses wurde von der Sommerfelder Musikvereinigung ein gutes Konzert gegeben. Ein allgemeiner Tanz beschloß am Abend die Veranstaltung. Die Veranstaltung kann als wohl gelungen bezeichnet werden. Möge sich in Zukunft öfter eine Gelegenheit bieten, die Fahne der Deutschtätigkeit zu zeigen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Textilarbeiterchaft von Sommerfeld in Einigkeit und Geschlossenheit hinter dem Deutschen Textilarbeiterverband steht. An dieser Stelle sei noch allen Helfern und Spendern gedankt.